

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige deutsche Tageszeitung

INSERATEN-ANNAHME für Frankreich (ausschließlich Elsaß-Lothringen): Publicité Mehl, Paris (3e) 51, rue de Turbigo (Ecke rue Réaumur. Metro: Arts-et-Métiers). Telephone: Archives 84-95, 84-96, 84-97

Nr. 224 — 2. Jahrgang

Saarbrücken-Paris, Donnerstag, 27. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Verhezte Abstimmungslisten	Seite 3
Rohstoffe unter Gestapoaufsicht	Seite 4
Rüstungsindustrie auf der Anklagebank	Seite 5
Diplomatie um Österreich	Seite 7

Wandlungen im Süd-Osten

Paris, 26. September.

A. Sch. Im Süd-Osten Europas scheint sich die tiefste Umwälzung seit 1919 vorzubereiten. Im riesigen Raum zwischen der Schweiz und Odessa, zwischen Sachsen und Venedig soll eine Generalvereinigung der Streitfragen erfolgen. Die konkrete Form und das endgültige Ergebnis sind noch nicht restlos geklärt, aber die treibenden Kräfte und die Richtlinien der neuen Verständigung sind bereits sichtbar.

Ein doppeltes Kompromiß soll der neuen Lage im Süd-Osten zu Grunde gelegt werden: die Verständigung zwischen Frankreich und Italien einerseits, zwischen Italien und der Kleinen Entente andererseits. Die Sicherung Oesterreichs gegen die hitlerdeutsche Invasionsfront soll eines der Hauptziele der kommenden Aktion sein, die niederschmetternde Niederlage Ungarns wird zu einer ihrer wichtigsten Folgen werden. Die französisch-italienische Verständigung ist einstweilen weiter fortgeschritten als die zwischen Italien und der Kleinen Entente. Die Verständigung zwischen Rom und Paris ist es, die Berlin am unmittelbarsten trifft und gefährdet. Mit Bestürzung schrieb die Nazi-Presse in diesen Tagen von der „Ehe zu dritt“; gemeint war die Politik Frankreichs, die sich gleichzeitig auf die Sowjet-Union und nunmehr auch auf Italien stützt. Diese kontinental-europäische Politik zerstückelt sämtliche Angriffspläne Hitlers, sie erreicht das „dritte Reich“ auch in einem der empfindlichsten Punkte seiner Offensive: in Oesterreich.

Jüngst hat die Pariser Presse die Pläne, die in Genf in der österreichischen Frage erörtert werden, zum erstenmal ausführlich behandelt. Der Standpunkt Frankreichs und der Kleinen Entente steht danach fest: eine Reihe von internationalen Verträgen und Deklarationen soll zustande kommen. Sie sollen Garantien gegen den Anschluß und die Habsburger Restauration schaffen; der Völkerbund soll als höchste internationale Instanz von sich aus die Unabhängigkeit Oesterreichs garantieren und mit Sanktionen versehen. „Man arbeitet fest nach dieser Richtung hin“, schreibt der immer sehr vorfichtige Genfer Berichterstatter des offiziellen „Petit Parisien“. Weder italienische Bedenken, noch englische Einwände sind zur Zeit befeitigt, und auch die italienisch-südslawische Spannung ist noch nicht liquidiert. Aber das Ziel und die Methoden sind bereits festgelegt, und in Paris hofft man auf die sich bewährte Zähigkeit Barthous, obwohl gerade in den letzten Tagen die Schwierigkeiten zwischen Rom und Belgrad sich vermehren.

Die hitlerdeutsche Politik wird in Süd-Ost noch in einem wichtigen Punkte geschlagen: in Ungarn. Seit 3 Wochen befindet sich der ungarische revisionistische Nationalismus im Zustande des zur Panik gesteigerten Höhenjammers. Als die Generallinie der französisch-italienischen Verständigung und der Ausöhnung zwischen Italien und der Kleinen Entente deutlich wurde, hat Graf Bethlen in „Nesti Kaplo“ einen berühmt gewordenen Aufsatz veröffentlicht, der gleichzeitig ein Alarmruf und eine Drohung war. Der aristokratische Vorgänger und Inspizator von Gömbös stellte mit Entsetzen fest, daß Italien bereit sei, Ungarn fallen zu lassen — und drohte mit einer noch festeren Bindung Ungarns an das Hitler-Deutschland. Beide Punkte sind gleich wichtig. Das italienisch-ungarische Bündnis ist lange Jahre die Hochburg der europäischen Gegenrevolution gewesen, es hat die deutsche Rechte ständig gelockt und in bedeutendem Maße auch die Außenpolitik Hitlers nach der Machtübernahme bestimmt. Dieses Bündnis bedeutete für den ungarischen Revisionismus alles, für den italienischen Faschismus sehr viel. Der Bruch zwischen den beiden bedeutet eine Katastrophe für die ungarische Außenpolitik und einen völligen Kurswechsel für die italienische. Nun wird Ungarn auf die Revisionspolitik verzichten müssen, was einem politischen und moralischen Selbstmord für die Regierung der Gegenrevolution gleich wäre, die anderthalb Jahrzehnt von der Revisionsforderung lebt; oder er wird sich bei der Aufrechterhaltung der Revisionspolitik auf das Hitler-Deutschland stützen müssen. Diese Hitler-Orientierung der ungarischen Politik hat d'Ormesson mit dem Moskauer Zitat charakterisiert: „Ich will zer schlagen werden!“ Hat Ungarn bereits vergessen, wie es an der Seite Deutschlands einmal schon durch die französisch-italienische Koalition vernichtend geschlagen wurde?

So wird der gegenrevolutionäre faschistisch-revisionistische Block in beiden Punkten gesprengt: nach dem Bruch zwischen Deutschland und Italien kommt die Kündigung des italienisch-ungarischen Bündnisverhältnisses. Das wichtige, gegenrevolutionäre Ungarn schaut mit Furcht in die Zukunft. Ein ungarischer Journalist, Arpad Török, schreibt aus Budapest in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, daß Italiens Preisgabe der ungarischen Position werde es reichliche Kompensationen in Afrika

Dokumente der Schande

Streichers Ungeist herrscht in Mitteleuropa

**Hessisches Landesamt
Worms a. Rhein**

Worms, den 14. Febr. 1934.

Betreff: Aufgebot Lang—Schug
Beschluss

Die beantragte Anordnung des Aufgebots zwischen dem Handlungsgehilfen Josef Lang in Worms, Kämmererstr. 46, und der Anna Ernestine Barbara Karoline Schug in Worms, Mainzer Straße 31, wird abgelehnt, da für den Erlaß des Aufgebots Bedenken bestehen.

Gegen diesen Beschluß steht Ihnen gemäß § 11 Abs. 3 des Personenstandsgesetzes Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde — Amtsgericht Worms — zu.

Der Standesbeamte
I. V. gez. König.

Herrn Josef Lang
Worms
Kämmererstr. 46.

Anonym

Einer von vielen

Gechrier Herr Lang

Ich möchte Sie nur noch mal, bleiben Sie von dem Wädel weg. Sie wissen genau, was dem Wädel gegenüber passiert. Ich denke, daß Sie doch endlich so viel Vernunft noch besitzen.

Mit deutschem Gruß
Heil Hitler

Beschluß

Worms VII 11604

1. Der Anna Ernestine Barbara Karoline Schug wird die Sorge für die Person ihres unehelichen Kindes Otto Willi Schug, geb. am 6. 2. 1932, ev., wohnhaft in Worms, einschließlich der Vertretung des Kindes in persönlichen Angelegenheiten entzogen. Diese Rechte werden dem Vormund übertragen.

Die Kosten des Verfahrens hat die A. Schug zu tragen.

Gründe:

Die Kindesmutter hat seit einiger Zeit ein Verhältnis mit dem zur Zeit im Konzentrationslager Ochsen befindlichen Josef Lang. Obwohl Lang der jüdischen Rasse angehört, beabsichtigt die Kindesmutter, Lang zu heiraten und ist von diesem Vorhaben nicht abzubringen, trotzdem sie von ihren Eltern und vom Vormundschaftsgericht eindringlich

belehrt worden war wie sich in der heutigen Zeit die Ehe mit einem Juden nicht nur auf sie selbst, sondern insbesondere auch auf ihr Kind auswirken müßte. Die Kindesmutter hält jedoch unbelehrbar an ihrem Vorhaben fest. Der Vormund hat darauf am 12. 3. 1934 den Antrag gestellt, der Kindesmutter die Sorge für die Person des Kindes zu entziehen.

Diesen Antrag hält das Gericht unter den geschichterten Verhältnissen für begründet und die Entziehung der Personensorge für unbedingt erforderlich. Es liegt auf der Hand, daß das Kind trotz seiner arischen Abstammung in seinem späteren Leben nicht nur seelisch, sondern auch wirtschaftlich sehr zu leiden hat, wenn es und die ganze Familie des jüdischen Stief- und Familienvaters wegen zurückziehen muß. Ferner führt die Tatsache, daß der zukünftige Stiefvater arbeitslos ist, für die nächste Zukunft voraussichtlich bleiben wird und die Kindesmutter dem Erwerb für die Familie nachgehen muß, zwangsläufig dazu, daß das Kind während der Abwesenheit der Mutter ständig um den jüdischen Stiefvater ist und durch ihn in Erziehung und Charakter beeinflusst wird. Daß eine solche Beeinflussung eines arischen Kindes durch einen Juden, selbst wenn sonst gegen seine Persönlichkeit nichts vorliegt, unter allen Umständen den Interessen des Kindes zuwiderläuft, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Da die Kindesmutter durch ihr Verhalten diese Gefährdung des Kindes verschuldet hat, sind auch die sonstigen Voraussetzungen des § 1606 BGB, erfüllt, da es keinem Zweifel unterliegen kann, daß die beabsichtigte Heirat mit einem Juden beim Vorhandensein eines Kindes arischer Abstammung dem Rassenempfinden des deutschen Volkes zuwiderläuft und somit unstatlich ist. Es kann dabei dahingestellt bleiben, ob in dem Verhalten der Kindesmutter nicht außerdem ein Mißbrauch des Sorgerechts liegt, (vergl. Staudinger zu § 1606 2. B. 1, der diesen Begriff sehr weit ansieht.)

Die Kosten fallen der Kindesmutter zur Last, weil sie das Verfahren durch ihr schuldhaftes Verhalten veranlaßt hat. Art. 22 I A. O. a. O. I. G.

Worms, den 15. März 1934.

Hessisches Amtsgericht
gez. Dr. Lemser.
Ausgefertigt:
I. H. gez. Unterschrift
Justizsekretär

(Stempel)

Frl.
Anna Ernestine
Barbara Karoline Schug
Worms.

Drei Millionen Jungarbeiter gekündigt

Gleichgeschaltete Zeitungen schreiben von „Panik“

Berlin, 8. Sept. (Anprek): Sogar die gleichgeschaltete Presse muß zugeben, daß das neue Gesetz über den Arbeitslosenversicherung eine „heftige Panik“ unter den jungen Leuten ausgelöst habe. Der Ausdruck „Panik“ wird ganz offen, sowohl von der „Frankfurter Zeitung“ wie vom Berliner Tageblatt gebraucht. Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich ausführlich mit der Frage. Sie rechnet aus, daß die Zwangsversicherung aus Land „nur“ 3 Millionen jugendliche Arbeiter betreffen werde. Eine „übertriebene Angst wegen des zu erwartenden Zwanges und der damit verbundenen Nachteile sei also nicht am Platz.“

Wichtiges aber teilt die „Juristische Wochenschrift“ die Ausführungsbestimmungen für die Zwangsversicherung mit. Es wird ausdrücklich betont, daß den zum Zwecke des Anstehens gekündigten Jugendlichen der Kündigungsschutz des Gesetzes nicht zu Gute käme. Sie können also nicht etwa Klage auf Widerruf der Kündigung erheben. Vielmehr habe lediglich der Führer des Betriebes die Verpflichtung, bei der Kündigung „unbillige

unvermeidlich sei. Für die unstrittene ungarische Position werde es reichliche Kompensationen in Afrika erhalten und Verständigung im europäischen Süd-Osten. Es werde Ungarn fallen lassen. Dann wird die Budapest Brücke, die lange Zeit Rom und Berlin verband, in die Luft fliegen.

Ärger“ zu vermeiden. Der Klagenweg zum Arbeitsgericht stünde den Gekündigten aber keinesfalls zu. Die einmalige Einreichung einer Klage ist vom Arbeitsgericht ohne jede materielle Prüfung als unzulässig abzuweisen.

Neue Form der Sklavenarbeit

Stuttgart, 26. Sept. (Anprek): Die Stadtverwaltung Stuttgart hat in Göttingen bei Ardenstadt ein sogenanntes „Lager für geschlossene Fürsorge“ errichtet. In diesem, im Einvernehmen mit dem Innenministerium errichteten Lager sollen, wie es in dem offiziellen Erlaß heißt, „solche Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung beschäftigt werden, von denen angenommen, daß sie nach Arbeitswillen, Vertagen oder nach ihrer ganzen Einstellung den Weg zur Volksgemeinschaft nicht gefunden hätten und mit denen zusammen zu arbeiten, den Pflichten der Stuttgarter Arbeitsstellen nach Aussicht der maßgebenden Stellen nicht zugemutet werden können“. Der erste Transport ist bereits ausgewählt und soll demnächst abgehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Stadt Stuttgart bereits im letzten Jahre rigoros das Prinzip durchgeführt hat, hilfsbedürftigen Personen Unterhaltungen nur gegen Arbeitsleistung zu bewilligen. Schon vor Errichtung des neuen „Lager für geschlossene Fürsorge“ haben 1500 Personen an verschiedenen Arbeitsstellen Pflichtarbeit leisten zu müssen.

Vor Macdonalds Rückkehr

Das britische Kabinett nach den Sommerferien zusammengetreten

LONDON, 25. Sept. Das britische Kabinett nahm am Dienstag nach den Sommerferien seine Sitzungen unter dem Vorsitz Baldwin wieder auf. Abwesend waren der Premierminister, der Präsident des Handelsamtes, Kunciman, Cunliffe, Fisher, Elliot und Lord Halifax. Eine große Zahl von innen- und außenpolitischen Fragen wird von den britischen Ministern erwogen werden, darunter insbesondere die Berichte der Kommissare, die die Lage in den wirtschaftlichen Notgebieten Englands untersucht haben, ferner die deutsch-englische Handelsfrage sowie die Vorbereitungen für den Wiederzusammentritt des Parlaments am 10. Oktober.

Die bevorstehende Rückkehr des Premierministers von seinem dreimonatigen Erholungsurlaub und das normale Wiederanleben der politischen Tätigkeit führt zu den üblichen Gerüchten über eine Umbildung der Regierung. Man hört u. a. die Vermutung, daß der Innenminister Gilmour und der Staatssekretär für die Kolonien, Cunliffe Fisher, ins Oberhaus gehen und daß der Wohlfahrtsminister Hoggan ersetzt werde. Auch das Gerücht, daß Außenminister Simon seinen jetzigen Posten mit dem des Vordanzlers vertauschen werde, taucht wieder auf. Neß steht lediglich, daß der jetzige Vordanzler, Lord Sankes, wegen seines vorgerückten Alters den Wunsch hat, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zurückzutreten.

Das Massengrab der 264

Die Grubenkatastrophe von Gresford

LONDON, 25. Sept. (Havas.) Der Unglücksfall auf der Grube Gresford ist jetzt zugemauert. Kein Bergmann wird je wieder in die ausgebrannten Stollen einfahren können, die zum Massengrab für 264 Grubenarbeiter geworden sind. Die Überlebenden sind arbeitslos geworden. Mehr zu beklagen sind aber noch die Familien, die ihre Ernährer verloren haben. — Die zu Gunsten der Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe eingeleitete Sammlungsfindet in ganz England reichen Zuspruch.

Das Neueste

In einem Bericht von Marseille kam es zu schweren politischen Zusammenstößen, bei denen zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden.

Das französische Großflugzeug „Rocinobon“ hat am Dienstag zum viermaligen Mal den Südatlantik überflogen und ist nach Island im Flug von Natal kommend in Porto Praia auf den Kap-Verdischen Inseln gelandet. Vom Bunde begünstigt hat „Rocinobon“ die Strecke mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 212 Kilometern zurückgelegt. Das „Südkeim“, das sich in den letzten Wochen in den Küstengebieten von Dakar nach Natal mit „Rocinobon“ bewegt hat, hat Villa Cisneros verlassen und wird sich nach Marokko begeben, wo es überholt werden soll.

An der Westküste Englands, 3 Kilometer von Galahad, wurde am Dienstagabend die Tragfläche eines Flugzeuges gefunden. Das Luftfahrtministerium bemüht sich, die Herkunft der Maschine auf Grund der auf der Tragfläche verzeichneten Buchstaben zu erkennen.

Das Präsidium des Völkerbundsausschusses der Komintern hat beschlossen, den 7. Weltkongress der kommunistischen Internationale in der ersten Hälfte des Jahres 1935 stattfinden zu lassen.

Der Leiter der N.Y.N., General Johnson, ist von seinem Posten zurückgetreten.

In seinem Schreiben weist General Johnson darauf hin, daß die N.Y.N. nun organisiert wurde und daß er hätte, daß sein eigener Posten überflüssig werde. Wenn er jedoch aufgegeben würde, an dem neuen Werk wieder mitzumachen, werde er jederzeit dienstbereit gefunden werden. Präsident Roosevelt dankte General Johnson in einem Schreiben für die von der N.Y.N. geleistete Arbeit und wünschte an, daß er in den nächsten Tagen nach seiner Rückkehr nach Washington die mit der Reorganisation der N.Y.N. zusammenhängenden Fragen mit General Johnson bespreche werde.

Frauen und Wahlsieg

Zum sozialistischen Wahlerfolg in Schweden

An den Vorbereitungen der Wahlen in die Gemeindevertretungen in Schweden haben die sozialdemokratischen Frauen hervorragenden Anteil genommen. Ihre ausgezeichnete Monatschrift „Morgondis“ ist als Doppelnummer für die Wahlkampagne erschienen, daneben ist eine Separat-Ausgabe — auf dünnerem Papier — in einer Massenaussage verbreitet worden. Der Politische Hausmütterverband, eine neue starke Organisation der sozialdemokratischen Frauen Schwedens, hat sich die Verbreitung des Sozialismus unter den Hausfrauen und Müttern zur Aufgabe gemacht. Ein eigenes Wahlplakat der Frauen und eigene Wahlproklamationen und Flugblätter wurden von den Kandidatinnen der Partei und von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Frauenclubs, die das ganze Land bereiten, in zahlreichen Versammlungen kolportiert. Separate Angaben über die Frauenstimmen oder über die Anzahl der primären Wählerinnen liegen nicht vor. Die Parolen der sozialdemokratischen Frauen: Für gesunde hygienische Wohnungen, gegen die grauen Mauern dickerer Kindersäulen, für gute Schulen, für Brot und Arbeit, Freiheit, Völkerverständigung, Bewahrung der Demokratie und des Lebens, fanden bei den Frauen der Arbeiter wie der Bauern guten Anklang.

„Wahl“-Nachklänge

So ließ sich Hitler zum Staatsoberhaupt „wählen“

Man schreibt uns aus der Pfalz: In der Kaiser-Wahl in Birkenfeld ereignete sich am Wahltag folgendes Barmoments: Ein Mann befragt mit seiner Frau das Wahllokal. Man drückt ihm einen fertigen Stimmzettel in die Hand. Der Kreis hinter dem Jo war bereits angekreuzt. Er hatte den Mut zu protestieren und forderte von dem SA-Mann, der Wahlhelferdienste tat, unter Berufung auf den Erlass der Reichsregierung, daß die Wahlhandlung geheim sein müsse, einen neuen Stimmzettel. Nach einigem Hin und Her erhielt er den Stimmzettel. Er begab sich in die Kasse. Der Zugang zu dieser Kasse war diesmal nicht an der Wandseite,

„Wir verwerfen die Irrlehre“

Die Bekenntnisbewegung ruft zum Sturm gegen den Reichsbischof Müller als „Vermittler“ — Wilde Scene in der Kirche

Seit mehr als Jahresfrist schwebt über dem deutschen Protestantismus die Gefahr eines Schismas. Alle Bestrebungen haben sich indes bisher nicht verwirklicht; der entscheidende Bruch wurde nicht vollzogen. Nun aber scheint die Stunde da zu sein, wo es keine Brücken mehr gibt.

Wir verzeichnen einige Tatsachen. In der gleichen Stunde, in der die pompöse Zeremonie der Einführung des Reichsbischofs Müller im Berliner Dom durchgeführt wurde, ließen die in der Bekenntnisbewegung vereinigten Pfarrer im ganzen Reich eine Protestkundgebung veranstalten, die ganz beispiellos ist in der neueren Kirchengeschichte. Diese Kundgebung löste den Reichsbischof und seinen Vertrauensmann und juristischen Sachwalter Jäger geradezu aus der christlichen Gemeinschaft aus. Es heißt in der Erklärung:

„Wir verwerfen die Irrlehre, die über die Bekenntnisbewegung eine deutsche Nationalkirche mit deutschem unabhängigen Erzbischof erstrebt. Weil sie das tun, haben sich der Reichsbischof Müller und der Rechtswalder Jäger sowie alle, die ihnen Gehorsam leisten, von der christlichen Gemeinschaft gelöst. Diese Schiedung muß die christliche Gemeinde sehen, anerkennen und vollziehen. Man wird jetzt verlangen, das Gewaltregiment zu vollenden und dabei noch härter als bisher die Predigt des lauten und unverfälschten Evangeliums zu unterdrücken.“

Wegen die Vertreter der Reichsregierung wird ein Vorkriegsgericht, das sich nicht mehr auf bloße Organisation, sondern auf das Evangelium selber bezieht. Die Furcht vor dem Schisma ist im offiziellen Kirchenlager bereits so groß, daß sich Müller und Jäger bei Hitler um den Erlaß eines Gesetzes bemühen, das auf drei Jahre hinaus Kirchenarristrie verbietet soll. Das bedeutete einen offenen Eingriff in die Freiheit der

religiösen Bekenntnisse — mit unüberschaubaren Folgen. Es sind jetzt Dreiviertel aller evangelischen Pfarrer im Kampf mit dem Reichsbischof. Die Größe des Hasses der feindlichen Kirchengruppen untereinander ist kaum noch zu überbieten. Der religiös indifferente Hitler, der zudem noch formell Katholik ist, ist bei äußerster Autorität nicht mehr imstande, in diesem Kirchenstreit vermittelnd einzugreifen.

Handgemenge in der Kirche

Der Bischof in Schutzhaft

Unvermindert tobt der Kampf in Süddeutschland. Offen hat sich der bayerische Landesbischof Weiler hinter den gemäßigten Landesbischof Wurm von Würtemberg gestellt. Da ihm in München und in Nürnberg das Predigen offiziell verboten wurde, mußte er in Ansbach Gottesdienst abhalten. Hier verlas er die Proklamation der Bekenntnisbewegung. Zeitweilig befand sich der württembergische Landesbischof Wurm in Schutzhaft. Ministerialdirektor Jäger hatte sein Dienstbüro mit einer SS-Abteilung besetzt. Wurm lehnte es ab, sein Dienstgebäude zu verlassen. Daraufhin wurde er zwangsweise in seiner Wohnung festgehalten und bewacht. In der Markuskirche in Stuttgart ist es am Sonntag zu einer

schweren Störung des Gottesdienstes gekommen. Als der Pfarrer sich hinter den Landesbischof stellte, kümmte eine Gruppe von Nationalsozialisten einen Sprecher an. Es kam zu einem Handgemenge in der Kirche. Die Störer, die von einem Nationalsozialisten in Uniform, einem Amtswortler, geführt wurden, wurden von den übrigen Gemeindegliedern gewaltsam aus der Kirche getrieben.

Nicht viel anders ist es in Hannover. Jetzt sollen zwölf Bischöfe der Müller-Nichtana in das rebellierende Gebiet entsandt werden, um den Landesbischof Marahrens im Vertrauen seiner Gläubigen zu erschüttern.

Der „neue Plan“ durchlöchert

Das deutsch-englische Wirtschaftsprovisorium

Am 24. September ist der mit Tantiem angebundene „neue Plan“ des Bundeskanzlers Schacht in Kraft getreten. Dieser neue Plan ist die Mißgeburt des vor anderthalb Jahren ebenfalls sehr feierlich angekündigten hiesigen Vierjahresplanes. Raum aber ist der „neue Plan“ mit seiner ganzen Bürokratisierung der deutschen Einfuhr in Kraft getreten, schon hat er ein Loch bekommen. Dies geschah durch den Abschluß des deutsch-englischen Handelsprovisoriums.

Wir haben bereits berichtet, daß sich in Berlin eine englische Delegation unter Führung von Sir Frederick Peck-Nok aufschaltete hat, um mit der Reichsregierung eine Anzahl schwerwiegender Fragen zu erörtern. Den Engländern war es insbesondere darum zu tun, eine Einschränkung der englischen Einfuhr nach Deutschland zu verhindern. Tatsächlich war diese Einfuhr gefährdet, weil in die Schaffung der Ueberwachungsstellen durch den „neuen Plan“ den Zweck hat, die Einfuhr aus dem Ausland zu drosten. Man ist in der kurzen Zeit zu einer englischen Regelung nicht gelangt, sondern nur ein vorläufiges Provisorium abgeschlossen worden. Dieses Provisorium soll bis zur Beendigung der Verhandlungen, spätestens aber bis Ende Oktober Geltung besitzen.

Auf Grund der Zwischenlösung sind für die Einfuhr der im deutsch-englischen Zahlungsabkommen vom 10. August dieses Jahres behandelten Waren Teilschein in einem Umfang zu erteilen, der den gegenwärtigen Stand der englischen Einfuhr nach Deutschland entspricht. Dabei wird kein Unterschied zwischen den einzelnen Warengruppen gemacht werden. Diese Regelung gilt für alle Waren, für die die Möglichkeit der Bezahlung über das Sonderkonto der Bank von England im Zeitpunkt des Inkrafttretens des deutsch-englischen Zahlungsabkommens gegeben war und für alle sonstigen Einfuhren auf das Sonderkonto. Die nachträglich von der Reichsbank angekauften Waren sind, im übrigen bleiben die Bestimmungen dieses Abkommens, insbesondere das System der Einzahlungen, aufrecht erhalten.

Mit anderen Worten: die englische Einfuhr nach Deutschland wird durch den neuen Plan in keiner Weise berührt, und die Engländer können die zur endgültigen Regelung nach Deutschland im gleichen Umfang exportieren, wie dies bisher der Fall war.

Die deutsche Presse tut so, als ob sie von der Zwischenlösung außerordentlich betrieblid sei und begrüßt lebhaft das neue Handelsprovisorium. In Wirklichkeit bedeutet es aber eine Kapitalisation Schachts vor der englischen Drohung, es bedeutet eine Durchlöcherung des ganzen Systems der Ueberwachungsstellen.

In der Frage der Regelung der Warenschulden ist eine Einigung nicht erzielt worden: sie wird Gegenstand weiterer Verhandlungen sein. Bekanntlich schulden die deutschen Abnehmer von englischen Feingarnen und Wolle einen Betrag von etwa 1 Million Pfund Sterling. Die englischen Lieferanten haben seit einiger Zeit die Einfuhr von Feingarnen eingeschränkt, da sie für ihre Waren schon seit langem nichts bezahlt bekommen. Die Situation bleibt in dieser Beziehung nach wie vor äußerst gespannt, und es ist bezeichnend, daß Sir George Holden, der Vorsitzende des Wollwaren-Ausschusses der Baumwollfabrikanten von Lancashire im „Manchester Guardian“ vermeldet, nach Bekanntgabe des deutsch-englischen Wirtschaftsprovisoriums, erstarrt hat, wenn englische Lieferungen von Feingarnen nach Deutschland fänden nicht in Frage, solange die alten Warenschulden nicht bezahlt sind.

Kritiker in Schutzhaft

Wie der „Bayerische Kurier“ meldet, wurden zwei Gemeindeglieder aus Buch (Wernau) in Schutzhaft genommen, weil sie den 1. Bürgermeister von Buch auf öffentlichen Strahe und vor den verammelten Gemeindegliedern beleidigt und gegen den Gemeinderat gehetzt hätten.

sondern gerade umgekehrt, gegenüber vom Tisch des Wahlleiters, sodas eine Kontrolle des Abstimmenden leicht möglich war. Trotzdem wählte der in Frage stehende Mann mit Nein. Er dachte seinen Stimmzettel in den Briefumschlag und gab ihm dem Wahlleiter. Als er sich umdrehte, um zu gehen, fiel ihm seine Frau zu, daß der Wahlleiter seinen eigenen Stimmzettel unter den Tisch hin in die Urne geworfen habe. Schon stand ein SA-Mann mit seinen beiden Stiefeln auf dem Stimmzettel. Der Abstimmende protestierte. Er wollte seinen Stimmzettel wieder haben. Aber der Protokollant ihm nicht. Dort lag sein Stimmzettel mit der Reichsstimme auf dem Boden, ein SA-Mann hielt den Fuß drauf. Ein anderer SA-Mann aber bedrohte in nicht missverständlicher Weise mit einem freien deutschen Staatsbürger, daß er schließlich das Vokal verlassen möge, da ihm sonst noch etwas anderes passieren könnte. Weil er nicht, das ist jetzt eine gehörige Tracht Prügel folgen könnte, verließ der Wähler mit seiner Frau das Lokal. Weiter protestierte ihm nichts! Am nächsten Tag erhielt er einen Brief seines Anseers, in dem ihn dieser aufforderte, sein Vokal nicht mehr zu betreten, da er Staatsfeinde nicht zu seinen Runden wählen wolle. Die frei und geheim doch die Wahl in Firmasens war!

Aus dem pfälzischen Grenzortlichen Wittweiler erreicht uns eine Meldung, nach der sich der Wahlvorgang dort folgendermaßen abgelehrt hat: Der Bürgermeister ließ im Einverständnis mit dem SA-Führer am Wahltag sämtliche Vereine des Dorfes auf einem freien Platz antreten. Die noch nicht irgendwo organisierten Wähler wurden aufgefordert, sich ebenfalls einzufinden. Dann ging mit Müller am Wahllokal. Der Bürgermeister setzte sich an einen Tisch, verteilte die Namen, und die Ausgerufenen trafen der Reihe nach vor. Sie empfingen von einem SA-Mann einen Stimmzettel, ein anderer Hitlerhelfer reichte ihnen einen Bleistift, dann konnten sie auf dem Tisch des Bürgermeisters ihre Kreuze in den Kartons einzuziehen. Dierauf nahm ein weiterer SA-Mann den Stimmzettel entgegen, steckte ihn überflügelweise in ein Couvert und überreichte ihn dem Bürgermeister. In kurzer Zeit hatten so alle wahlberechtigten Bürger gewählt. Resultat: 100prozentige Wahlbeteiligung, sämtliche abgegebenen Stimmen für Hitler, keine Nein- und keine ungültige Stimme. Es ist schade, daß man nicht in ganz Deutschland nach der simplen Methode des Wittweiler Bürgermeisters gewählt hat. Der Mann war wenigstens ehrlich!

Ed! deutsche Bananen!

Die deutsche Propaganda kehrt vor keiner Phrase zurück und sei sie noch so absurd. Eine der überaus absurden Phrasen, die sie geprägt hat, ist wohl die Aufforderung, die neuerdings in den Geschäften und an den Böden der Straßenhändler prangt: „Ed! deutsche Bananen! Ihr unterstützt damit die deutschen Farmer in Deutsch-Ostafrika!“

Diese ehemalige deutsche Kolonie untersteht bekanntlich seit 1919 englischer Verwaltung. Aber wahrheitsgemäß gibt es dort einen Verein für das Dentismus im Ausland, dessen Mitglieder von den deutschen Antarktisbestrebungen betroffen werden und deren Wäulchen, auch ein bisschen vom „ritten Reich“ zu profitieren, auf diese Weise wenigstens in effizient einfließen werden soll — ob ihnen züchte in „Deutsch-Ostafrika“ überhaupt Bananen gedeihen, ist außerdem die Frage. Wahrscheinlicher ist, daß man mit dieser Phrase eine als Kompensationsmaßnahme unumgängliche Bananeneinfuhr vor dem deutschen Verbraucher tarnt, um so die verschiedenen Länder in der Antarktis zu verhalten.

Wie dem auch sei — mitunter scheint die Antarktis Propaganda nicht zu wissen, was die rechte ist. Denn während man diese Bananenphrase plakatiert, sättigt der doch ebenfalls vom Propagandaapparat dirigierte deutsche Hundstanz gegen den Bananeneinkauf. Das geschah zum Beispiel erst dieser Tage in einer Müchdunkreportage vom Obst- und Gemüsemarkt einer deutschen Stadt durch einen Dialog, in dem eine Mutter auf das Verlangen des Kindes nach einer Banane antwortete: „Eine Banane? Aber Kind, wie kommst du auf diese Idee! Ach werde dir einen Apfel geben.“ Nun möchte das Kind den Apfel gleich haben. Die Mutter aber befehrt es und spricht wie gedruckt: „Nein, mein Kind — nicht du, das hier sind amerikanische Äpfel. Du bekommst zu Hause einen deutschen Apfel! Und wenn die Äpfel im Keller aufgefressen sein werden, habe ich noch Apfelsauce in der Spießkammer. Das schmeckt dann noch besser wie ein Apfelschinken!“

Wenn aber das arlige Kind, das gern eine Banane essen möchte, schon keinen kann? Und wenn es die Mutter auf die Plakate verweist: „Ed! deutsche Bananen!“ — was antwortet die deutsche Mutter dem Kind dann? Kann sie nicht nur noch bekümmert antworten: „Mein liebes Kind, ich finde mich da nicht mehr zurecht!“

Aushang der Abstimmungslisten

Wir machen unsere Leser auf die im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlichte amtliche Bekanntmachung über den öffentlichen Aushang der vorläufigen Abstimmungslisten in den verschiedenen Stadtteilen Saarbrückens aufmerksam.

Verhexte Abstimmungslisten

Wir erhalten folgende kurze Zuschrift:

„Es wird Sie vielleicht interessieren, daß weder ich, noch meine Angehörigen, noch einige meiner Verwandten in den vorläufigen Abstimmungslisten zu finden sind. Ich werde dagegen sofort Einspruch erheben, möchte aber doch durch Sie öffentlich mein Erstaunen darüber aussprechen, daß man uns alle, die wir seit 1912 ununterbrochen im Saargebiet wohnen, plötzlich in den Abstimmungslisten „vergessen“ hat.“

Wir können nicht umhin, uns den Ausführungen des Briefschreibers anzuschließen und ebenfalls unser Erstaunen über diese Tatsache auszudrücken. Denn, wenn ähnliche Fälle sich häufen werden, dann wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten, die bereits amtlich festgelegte Zahl von 320 000 vorläufig Abstimmungsberechtigten übersteigen. Indessen wird es immer klarer, daß die obige Zahl ohnehin viel zu hoch ist.

Die Zeitschrift „Welt und“ hat in ihrer letzten Ausgabe einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Frage der Zahl der Abstimmungsberechtigten beschäftigt. Dieser Artikel hat bereits beträchtliches Aufsehen erregt und in der Öffentlichkeit stärksten Widerhall gefunden.

„Welt und“ weist an Hand der Bevölkerungszahl von Mitte 1919 nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages ist die Voraussetzung für die Abstimmungsberechtigung der dauernde Wohnsitz im Saargebiet am 28. Juni 1919 nach, daß die Zahl der Personen, die ihren Wohnsitz damals im Saargebiet hatten, rund 598 000 betragen haben müßte. Von dieser Zahl müßten alle nach dem 13. Januar 1915 bis einschließlich Juni 1919 Geborenen in Abzug gebracht werden, weil die Abstimmungsberechtigung erfordert, daß die betreffende Person am Tage der Abstimmung 20 Jahre alt sei. Die Zahl dieser Personen, die in Abzug zu bringen sind, stellt sich nach amtlichen Ermittlungen auf rund 50 000. Somit kommt man zu einer Zahl von rund 548 000 Abstimmungsberechtigten für den Stichtag des 28. Juni 1919. Aber in der Zwischenzeit sind zahlreiche Personen verstorben. „Welt und“ ermittelt die Durchschnittssterbeziffer, die 12 auf 1000 Einwohner beträgt, und kommt nach einer gestaffelten Berechnung zu dem Ergebnis,

daß die Zahl der Abstimmungsberechtigten höchstens rund 445 000 Personen sein können gegen 320 000 der offiziell angekündigten Zahl.

Hier stimmt also etwas nicht. Es liegt deshalb die Vermutung nahe, daß in die vorläufigen Abstimmungslisten viele tausend Personen eingeschmuggelt wurden, die nicht abstimmungsberechtigt sind. Aus dem oben veröffentlichten Brief geht deutlich hervor, daß darüber hinaus eine Anzahl wirklich Abstimmungsberechtigter noch gar nicht eingetragen worden ist.

Die Zahl der Abstimmungsberechtigten wird also unter Umständen noch weiter anshwellen müssen, was ja, unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahl im Saargebiet im Jahre 1919, eine offensichtliche Unmöglichkeit wäre.

Aber in der Zwischenzeit hat sich noch etwas ereignet, was großes Aufsehen hervorrufen muß. Der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken, Herr Dr. Reites, hat sich bemüht, dem „Welt und“ zu antworten und der Öffentlichkeit seine eigene „Berechnung“ zu präsentieren. Daß die braune Front eine solche Kanone wie den Herrn Oberbürgermeister höchstpersönlich auffahren läßt, ist schon an sich recht eigenartig und läßt auf das nicht ganz reine Gewissen der Herren schließen. Sie sind doch sonst gegenüber den Beschuldigungen der antisemitischen Presse wenig empfindlich.

Aber das Ungeheuerlichste stellt die „Berechnung“ selbst dar. Er legt nämlich seinen „Berechnungen“ die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt Saarbrücken im November 1932 zugrunde, kommt hierbei zu einem Prozentsatz von 65,5 und wendet diesen Prozentsatz auf das ganze Saargebiet an, obwohl doch wirklich der Oberbürgermeister von Saarbrücken wissen müßte, daß der Prozentsatz im Saargebiet ein ganz anderer ist, als in der Stadt Saarbrücken selbst. Um das für ihn günstige Ergebnis zu erreichen, behauptet dann außerdem Dr. Reites wider besseres Wissen, daß die Zahl der Abstimmungsberechtigten größer sein müsse, als die Zahl der Wahlberechtigten im November 1932. Dabei weiß doch jedes Kind in Saarbrücken, daß seit 1919 die Zahl der Einwohner der Stadt Saarbrücken und damit auch die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen ist.

Demnach müßte die Zahl der Abstimmungsberechtigten geringer sein, als die Zahl der Wahlberechtigten im Jahre 1932 und nicht umgekehrt.

Der Oberbürgermeister erlaubt sich in seiner Statistik noch ähnliche Fehler und kommt selbstverständlich zu der ihm erwünschten Zahl von 321 000 abstimmungsberechtigten Personen.

Wenn eine solche Kanone, wie der Saarbrücker Oberbürgermeister, sich zur Rechtfertigung der offiziellen Zahl der Abstimmungsberechtigten nichts Besseres vorbringen kann, als notorischen Unsinn, dann können wir mit aller Bestimmtheit erklären: die Abstimmungslisten sind nicht in Ordnung.

Wir verlangen deshalb, daß die dafür zuständigen Stellen so rasch wie möglich zur Nachprüfung der Listen übergeben.

Aditung! Lesen!

Politische Menschen lesen unabhängige Zeitungen und bilden sich dann ihr Urteil.

Dumme beten gleichgeschalteten Kohl nach. Wir schalten uns nie gleich!

„Deutsche Freiheit“

Polizei für die Saar

Belgien, Italien, Litauen sagen zu — die Schweiz lehnt ab

Die gleichgeschaltete Presse im Saargebiet ist merkwürdig bescheiden geworden. Die Tatsache, daß die Schweiz dem Präsidenten der Saarregierung gegenüber den Wunsch ausgesprochen hat, von einer privaten Rekrutierung von Polizeitruppen abzusehen, erregt ihren heißen Jubel. Hat sie denn dazu? Die schweizerische Regierung ist weit davon entfernt, Sympathien für die „deutsche Front“ zu bezeugen. Im Gegenteil! Durch die Schweiz geht eine Woge der Ablehnung gegen alles, was „braun“ ist. Aber das zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und Oesterreich eingebettete Land ist besorgt darum, daß der Saarkonflikt Polizisten aus der Schweiz zum Eingriff zwingen müßte. Darin erblickt der schweizerische Bundesrat eine große Gefahr für seine Neutralitätspolitik.

Der Ablehnung der Schweiz stehen jedoch mehrere, zum Teil sehr demonstrative Zusagen gegenüber. Der Generalsekretär berichtet über die Antworten, die er auf seine Anfrage über die Anwerbung von Polizeitruppen bisher von einer Anzahl Regierungen (außer der Schweiz) erhalten habe:

Die belgische Regierung läßt z. B. mitteilen, daß sie bereit sei, Einzelrekrutierungen unter den geeigneten belgischen Bürgern „nicht zu verhindern“, sie möglicherweise sogar zu erleichtern.

Die italienische Regierung erklärt, sie werde nicht verhehlen, der Regierungskommission ihre Unterstützung angezeihen zu lassen, indem sie die Anwerbung italienischer Staatsangehörigen erleichtert.

Litauen hat geantwortet, daß die Vorschläge des Rates „die volle Billigung“ der litauischen Regierung gefunden haben.“

„Schlagt sie tot!“

Die Drohungen der „deutschen Front“

Die gleichgeschaltete Presse des Saargebiets ist angefüllt mit Berichten über die Kundgebungen der sogenannten „deutschen Front“ an vergangenen Sonntag. Der Landesführer Pirro hat in Saarbrücken die Lösung ausgegeben, das „Gesindel“ zu töten, das von seiner verbürgten Freiheit Gebrauch macht, sich gegen die Hitlerbarbarei zu erklären.

Noch deutlicher war man anderwärts, wo die offiziellen Führer der „deutschen Front“ die gesellschaftliche und wirtschaftliche Vernichtung aller derjenigen proklamieren, die sich dem Abstimmungsterror nicht unterwerfen.

So hat laut dem „St. Ingberten Tageblatt“ (Nr. 221 vom 24. 9.) der stellvertretende Landesleiter der „deutschen Front“, Theisen, in der Kundgebung zu St. Ingbert u. a. gesagt:

„Er könne sich nicht vorstellen, daß diejenigen, die gegen ihr Vaterland stimmen, nach dem 13. Januar noch glücklich sein können. Wenn so einer, der offen gegen sein Vaterland gestimmt hat, dann wird ja, wie heute schon, niemand mit ihm sprechen.“

Herr Theisen redet zwar anscheinend nur gedrohen deutsch, aber seine Anklündigung ist deutlich genug.

Noch klarer formulierte der nationalsozialistische Kreisleiter Schubert in St. Ingbert seine terroristische Drohung. Die „Westfälische Zeitung“, amtliches Organ der „deutschen Front“, berichtet in ihrer Nummer 221 vom 24. September:

Ein Sprecher und das Lied: „Deutschland, heil deinem Namen“, leiteten über zu den Schlussfolgerungen des Kreisleiters Schubert, in denen er sagte, daß es eine Schande wäre, wenn der Kreis St. Ingbert nicht hundertprozentig für Deutschland stimme. Wörtlich führte der Redner dann aus: „Ich sage allen denen den Kampf an, die sich gegen uns stellen und wir werden auch die Namen derer nennen, die in St. Ingbert und Umgebung gegen ihr deutsches Vaterland stimmen.“

Das bedeutet die offene Verhöhnung des zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Abkommens über die Freiheit der Abstimmung durch führende Nationalsozialisten. Es ist frecher Spott auf alle vom Völkerbund beabsichtigten Garantien. Die Sprache dieser Herren zeigt ihre Brutalität, die außerhalb Deutschlands noch immer unterschätzt wird. Es ist das Auftreten politischer Banditen, die das Saarvolk durch Terror genau wie im Reich zwangsweise unter das Joch der Hitlererei bringen wollen.

Diese Drohungen, die nicht abgeleugnet werden können, zeigen, daß alle Legalitätsbetenerungen der Herren Pirro und Konsorten Lüge und Heuchelei sind, denn sie wissen ganz genau, daß bei einer wirklich freien Abstimmung die Mehrheit des anständigen Saarlohls sich für ein freies Deutschland gegen Totschläger und korrupte Schufte erklären wird.

Aussageverweigerung für Parteibonzen

Ein neues Vorrecht

In einem Strafverfahren verweigerten Politische Leiter der NSDAP, die als Zeugen vernommen werden sollten, die Aussage, weil der Kreisleiter ihnen die Genehmigung hierzu nicht erteilt habe.

Dazu erklärt die „NSDAP“ u. a.: „Einer solchen Aussagegenehmigung bedurften bisher im wesentlichen die Beamten, darunter auch die beamteten Angehörigen öffentlich-rechtlicher Körperschaften. Insofern war das Verhalten der Politischen Leiter vor Gericht an sich gerechtfertigt, denn nach dem Gesetz vom 1. Dezember 1933 ist die NSDAP Körperschaft öffentlichen Rechts, ihre Politischen Leiter stehen in einem besonderen eivilen Rechtsverhältnis zur Partei und ihrem Führer. Nun sind die Politischen Leiter der NSDAP zwar keineswegs Beamte, wohl aber Volkstribüne. Aber gerade in

Wir finden, daß diese Zusagen die Ablehnung der Schweiz aufwiegen. Darum begreifen wir nicht recht den Jubel der „deutschen Front“. Um so weniger, als mehrere Regierungen überhaupt noch nicht geantwortet haben. Sehr siegesfröhlich ist die Haltung der Pirro-Parte in der Saar nicht mehr. Präsident Anor hat dem schweizerischen Bundesrat sofort geantwortet, daß er von der Anwerbung von Polizisten in der Schweiz ablehnen werde.

Er hat jetzt andere, völlig ausreichende Rekrutierungsmöglichkeiten.

Und Oesterreich?

Noch kein Antrag da

Wien, 26. September.

Entgegen den Meldungen eines Wiener Abendblattes, in dem Oesterreich, dem Beispiel der Schweiz folgend, Polizei zu stellen, aufgefordert worden war, wird in österreichischen Kreisen erklärt, daß kein Antrag eingegangen sei.

Ist es wahr?

Das unfreundliche Italien

Berlin, 25. Sept. Unter der Ueberschrift „Ist es wahr?“ meldet das „Berliner Tageblatt“ aus Rom, die dortige Radiozentrale habe die gesamten deutschen Radiosendungen aufgeschaltet. Zugleich verzichte Italien auf die Propagierung der italienischen Sender in Deutschland. Diese Verlautbarungen ständen im Zusammenhang mit der momentanen politischen Abkühlung zwischen beiden Ländern.

Eine Zuschrift aus St. Ingbert teilt uns noch mit: Zu der Kundgebung der „deutschen Front“ waren sämtliche katholischen Vereine eingeladen, die sich mit ihren Fahnen beteiligen sollten. Die Katholiken haben jedoch abgesehen, und zwar mit der würdigen Begründung, die „deutsche Front“ könne ihnen im Saargebiet nicht zumuten, was sie im Reich den katholischen Vereinen verbiete.

Zwei führende Nationalsozialistinnen, Frauen höherer Beamte, sind daraufhin aus dem katholischen Verein, dem sie angehörten, ausgetreten.

Briefe, die ihn nicht erreichten..

Die Niete des Herrn Nietmann

In der gleichgeschalteten Presse liest man diese

Erklärung!

St. Saarbrücken, 25. Sept.

Gegenüber den Wutausbrüchen der separatistischen Presse, die verucht, zwischen den Erklärungen des Landesleiters der Deutschen Front, Pirro, und meinen Erklärungen in der Saarlouiser Rede einen Gegensatz zu konstruieren, erkläre ich erneut:

Die Regierungskommission spricht in ihrem Schreiben vom 8. September 1934 an den Völkerbundrat von einem „beschlagnahmten Schreiben neueren Datums“, das von dem Landesgeschäftsführer der Deutschen Front an den Landesführer dieser Organisation gerichtet ist. Diese Darstellung ist unvollständig und unkorrekt, da sie den Grund erwecken muß, als sei gerade dieses Schriftstück in die Hände des Landesleiters Pirro gelangt. Dieses Schriftstück ist, wie ich bereits in Saarlouis festgehalten habe, nicht an Herrn Pirro, noch je in seinen Besitz gelangt.

Saarbrücken, 25. September 1934.

gez. Nietmann.

stellvert. Landesleiter der Deutschen Front.

Dieser gute Nietmann ist in peinlicher Lage. Sein „Führer“ an der Saar, Pirro, hat am vergangenen Sonntag den Empfang des Briefes, in dem von den 17 000 Arbeitoldientlern des Herrn Staatsrats Spaniol die Rede ist, ausdrücklich zugegeben. Er hat u. „Deutsche Front“ (Nr. 136, 24. 9.) wörtlich:

„In dem Brief der Regierungskommission des Saargebiets vom 8. d. M. an den Generalsekretär des Völkerbundes habe ich festzustellen, daß ich jederzeit die Realität der Deutschen Front betone und die Angehörigen der Deutschen Front darauf hingewiesen habe, daß mir jeder Versuch illegaler Maßnahmen gemeldet werden müsse, damit den Weagern der deutschen Sache keine Handhabe geboten werde. Wenn mir daher der Landesgeschäftsführer der Deutschen Front von einer angeblichen Anwerbung des Staatsrates Spaniol über den Arbeitsdienst seiner Zeit Mitteilung gemacht hat, so hat er mir seiner Pflicht gemäß und entsprechend meiner ausdrücklichen Anordnung gehandelt, da jeder Angehörige der Deutschen Front sofort entlassen wird, wenn er derartige ihm bekannt gewordene Dinge verschweigt.“

Nietmann hat am gleichen Tage behauptet, Pirro habe den Brief weder erhalten, noch gesehen. Jetzt tut er es wieder. Hoffentlich ist es nicht sein Schwanzengel als „Stellvertreter“.

Dieser Eigenschaft müssen sie, wie Landgerichtsdirektor Dr. Koch-Federborn in der neuesten Nummer der „Deutschen Richter-Zeitung“ ausführt, bei ihrer Tätigkeit in manchen Sachen strenge Verschwiegenheit wahren lassen, wenn nicht die Partei und damit Staat und Volksgemeinschaft Schaden leiden sollen. Der Verfasser kommt daher zu der Feststellung, daß die Politischen Leiter nach Sinn und Zweck der Gesetzesbestimmung der Aussagegenehmigung vor Gericht bedürfen. Dabei ist zu bemerken, daß auch eine beschränkte Aussagegenehmigung erteilt werden kann. Daß der Richter bei der Vernehmung der Politischen Leiter, wenn sie auslagen, stets von sich aus prüfen muß, ob die erfragten Tatsachen der Amtsverschwiegenheit der Zeugen unterliegen, und daß er seine Vernehmung danach einrichten muß, ist selbstverständlich. Der Verfasser kommt dann noch zur Untersuchung der Frage, wer zur Aussagegenehmigung berechtigt ist, und schlägt aus praktischen Erwägungen heraus vor, daß für alle Politischen Leiter eines Kreises die Genehmigung vom Kreisleiter einzuholen ist.

Es wird amtlich die stinkende Parteiformation vertuscht und getüncht

Der Goldbestand der Reichsbank

Auch in der dritten Septemberwoche waren die Rückflüsse zur Reichsbank verhältnismäßig gering, sie betragen nur 49,9 Millionen Reichsmark. Damit sind im September von der Ultimobehauptung nur rund 42 Prozent wieder abgedeckt worden. Es hängt dies in erster Linie mit dem starken Steigen der Giroverbindlichkeiten um 89 Millionen Reichsmark auf 811,9 Millionen Reichsmark zusammen.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 0,1 Millionen Reichsmark auf 78,9 Millionen Reichsmark erhöht. Hiervon entfallen 3,9 Millionen Reichsmark auf deckungsfähige Devisen. Der gesamte Zahlungsmittelumsatz ermäßigte sich von 5562 Millionen Reichsmark in der Vorwoche auf 5419 Millionen Reichsmark. Zur gleichen Zeit des Vorjahres betrug er 5269 Millionen Reichsmark.

Drosselung der Rohwolleinfuhr

In den letzten Monaten beginnen sich endlich die Maßnahmen der Reichsregierung zur Drosselung der Rohwolleinfuhr auszuwirken. Nach den amtlichen statistischen Angaben stellte sich die Rohwolleinfuhr seit Beginn dieses Jahres wie folgt:

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
1934	13,98	20,22	17,02	22,47	15,08	10,13	3,27	2,40

Während also im April die Rohwolleinfuhr eine Höhe von fast 22,5 Millionen kg betrug, ist sie im August bereits auf 2,4 Millionen gefallen.

In den nachfolgenden Monaten ist voraussichtlich mit einer noch geringeren Einfuhrmenge zu rechnen, da es sich bei der Juli- und Augusteinfuhr meistens noch um alte Abschlüsse handelt. Da bei dem erhöhten Verbrauch von Rohwolle im Zusammenhang mit den jüngsten Hamsterkäufen die Vorräte beträchtlich zurückgegangen sind, muß, falls der gegenwärtige Zustand aufrecht erhalten bleibt, etwa gegen Ende dieses Jahres mit einer Erschöpfung der Rohwollvorräte gerechnet werden.

Neben einigen wenigen Mengen von ausländischer Rohwolle wird die deutsche Textilindustrie sich auf die teureren und qualitativ schlechteren inländischen Rohwolle stützen müssen. Das inländische Rohwollangebot beträgt aber bestenfalls nur 10 Prozent des Gesamtverbrauchs und diese Mengen sind für die neuen Ersatzstoffe erforderlich, die bekanntlich mit Wolle gemischt werden müssen.

Es wird also bald der Tag kommen, wo man im „dritten Reich“ reinwollene Erzeugnisse inländischer Herkunft kaum mehr aufstreifen dürfte.

Aber noch vor 2-3 Monaten hätten die verschiedenen Handelskammern erklärt, daß ein Anlaß zu Befürchtungen wegen einer Knappheit in Wollerezeugnissen nicht bestehe. So geben sich im „dritten Reich“ selbst die Handelskammern zu solch plumper Irreführung der Bevölkerung her.

Bürokratisierung des Außenhandels

Die Neuordnung der Zuteilung von ausländischen Zahlungsmitteln für die Einfuhr ist nach dem „Neuen Plan“ grundsätzlich erfolgt. Den vorläufigen Abschluß findet diese Planung mit folgenden Anordnungen, deren größter Teil der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht wurde:

Anordnung des Finanzministeriums, wonach bei Abfertigung von Einfuhrwaren die Devisenbescheinigungen den Zollstellen vorzulegen sind.

Das Meldeverfahren zur Verhütung der Bezahlung jener Waren, die ohne Devisenbescheinigung eingeführt werden sollten.

Die laufenden Mitteilungen über den Umfang der Ausgabe von Devisenbescheinigungen.

Art und Weise, wie die Ueberwachungsstellen über die bereitgehaltenen Devisen verfügen können.

Anordnungen betr. die Führung des Terminkalenders über die Vorausbelastung durch die Devisenbescheinigungen und die Benachrichtigung der Reichsbank.

Vorschriften, wann und wie Nebenkosten an inländische Spediteure zu bezahlen sind zur Weiterleitung an deren ausländische Korrespondenten.

Die Bekanntmachung der Anschriften und Warenkompetenzen der Ueberwachungsstellen (größtenteils erfolgt).

Das besondere Verfahren, welches bei einfuhrverbotenen Waren Platz greift, wenn mit anderen Staaten die Einfuhr vertraglich kontingentiert wurde.

Diese Bestimmungen richten sich zum Teil an den Importeur, zum Teil an bestimmte Behörden. Damit schließt sich der Kreis jener Maßnahmen, die den Ausgleich der deutschen Handelsbilanz zum Ziel haben.

Billige Arbeiter - billige Rohstoffe

Der deutsche Reichswirtschaftsminister hat in seiner Leipziger Rede angekündigt, daß bei der Produktion von Inlandrohstoffen die Unternehmer künftig eine Lohnsubvention in Höhe der Arbeitslosenunterstützung erhalten können. Wie der „Völkische Beobachter“ (vom 8. September) mitteilt, wird diese Methode der Lohnsubvention bereits praktiziert. Die Gruppe Ostmark des „Freiwilligen“ Arbeitsdienstes wurde zum Sammeln von Rohharz eingesetzt. Das „vom Arbeitsdienst Ostmark erzeugtes Terpentinöl ist den amerikanischen und französischen Auslandsölen vollkommen gleichwertig“. In ganz Deutschland soll jetzt durch den Arbeitsdienst die Kiefernharznutzung weiter ausgebaut werden. Der wirtschaftliche Erfolg dieser Aktion bleibt abzuwarten; auch während des Weltkrieges wurde Oel, das aus von Kindern gesammelten Bucheckern gepreßt wurde, den feinsten Speiseölen gleichwertig erklärt. Fest steht bisher nur, daß zu Zwangsarbeit kommandierte Jünglingslose gegen eine Vergütung von 27 Pfennig täglich, die Arbeit bisher vollentlohnter Forstarbeiter leisten müssen. (ITF.)

Eine Warnung der Londoner Handelskammer

Das englische Handelsamt veröffentlicht eine Warnung an die englischen Exporteure. Die englischen Exporteure, die Waren nach Deutschland liefern, so schreibt die Handelskammer, mögen sich zuerst vergewissern, ob die Empfänger-

Rohstoffnot unter Gestapo-Aufsicht

Ueber Preise e gerung dari nicht gesprochen werden

Die Fachgruppe Schneiderwaren und Bestecke in der Wirtschaftsgruppe Eisen- und Metallwarenindustrie, Dienststelle Solingen, Hauptstraße 211 versandte vor kurzem nachfolgendes Rundschreiben, das für die Zustände im „dritten Reich“ bezeichnend ist. Das Rundschreiben lautet:

Solingen, den 14. September 1934

Rundschreiben Nr. 2/34

Betrifft: Wirtschaftsnotlage

Der Führer der Wirtschaft erläßt folgendes Rundschreiben: „Die Firma August Rommel, Mineralölprodukte, Frankfurt a. M., hat am 20. Juli 1934 nachstehendes Rundschreiben an ihre Geschäftsfreunde geschickt:

„Betreffend Maschinenfette etc.

Im Falle Sie einen weiteren Bedarf in Konsistenzfetten aller Art für die nächsten 6 Monate voraussehen, empfehle ich Ihnen, denselben ohne Aufschub zu heutigen Einheitspreisen und Bedingungen zu sichern. In der Tat sind die zur Herstellung benötigten Rohstoffe, namentlich die Fettsäuren, in letzter Zeit im Preise erheblich gestiegen. Ueherdies stammen fast alle Rohstoffe für die Fettsäurefabrikation aus dem Auslande, so daß eine Heraufsetzung der heutigen Verkaufspreise in Kürze nicht mehr abzuwenden ist.

Es soll mich freuen, wenn Sie sich diesen Hinweis zunutze machen und erwarte ich gern Ihre alsbaldige Disposition.

Mit bester Empfehlung

gez. August Rommel.“

Die Firma ist dem Geheimen Staatspolizeiamt zur Anzeige gebracht worden.

Das Geheimen Staatspolizeiamt teilt unter dem 13. 8. 34 zu diesem Vorgang folgendes mit:

„Ich habe die Staatspolizeistelle Frankfurt a. M. angewiesen, die noch vorhandenen Rundschreiben zu beschlagnahmen, den Firmeninhaber ernstlich zu warnen sowie ihm zu eröffnen, daß er im Wiederholungsfall mit In-

schulhaftnahme zu rechnen habe. Ich bitte, ohne Hinzuziehung der Presse durch vertrauliche Bekanntgabe sämtliche Branchen darauf hinzuweisen, daß derartige Rundschreiben in Zukunft als ein staatsfeindliches Verhalten betrachtet und dementsprechend verfolgt werden.“

Ich bitte, unter Beobachtung dieses Hinweises des Geheimen Staatspolizeiamtes für vertrauliche Bekanntgabe bei den entsprechenden Organisationen Sorge zu tragen.

Heil Hitler!

Der Führer der Fachgruppe Schneiderwaren und Bestecke in der Wirtschaftsgruppe Eisen- u. Metallindustrie
gez.: Franz Lauterjung

Für die Richtigkeit
Der Leiter der Dienststelle
gez.: Dr. Badstuber.

Zwangorganisation des Rohproduktenhandels

Bei der großen Knappheit an Textilrohstoffen und Metallen gewinnt die Abfall- und Altstoffwirtschaft im „dritten Reich“ eine immer größere Bedeutung. Deshalb sah sich das Reichswirtschaftsministerium genötigt, eine Zwangsorganisation der Abfallwirtschaft zu schaffen.

Die amtliche Bekanntmachung dazu lautet:

Der Reichsverband des Deutschen Rohproduktengewerbes e.V. (RDDR.), Berlin, ist vom Reichswirtschaftsminister zur Zwangsorganisation für das gesamte Rohproduktengewerbe, bestehend aus Groß-, Mittel-, Keller- und Straßenhandel, erklärt worden. Sämtliche Firmen der Branchen haben sich beim Verband anzumelden. Zum Verbandsführer wurde Henry Evermann (Hildesheim), zum Geschäftsführer Georg E. Schmidt (Reinickendorf) bestellt. Der Verband dürfte nach Durchführung der Anmeldungen über einen Bestand von 25 000 bis 30 000 Mitgliedern verfügen, da ihm auch ein großer Teil der Schrott- und Altmetall-Handelsfirmen angeschlossen ist.

Vistra, Cuprama, Filiro und Seelo

Die obigen Wörter sind nicht etwa einer Geheimschrift der „Weisen von Zion“ entnommen, sondern stellen die Namen der neuen künstlichen Textilersatzstoffe dar, mit denen die Bevölkerung des „dritten Reiches“ in Zukunft beglückt werden soll.

Ueber die Vistra- und Wolltra-Faser wurde in letzter Zeit so viel geschrieben, daß es nicht mehr lohnt, auf diese Garne aus künstlichem Rohmaterial einzugehen. Weniger bekannt dürfte dagegen das neue Stapelfaserprodukt Cuprama sein. Diese Faser wird von der IG-Farbenindustrie und IP-Bemberg gemeinschaftlich fabriziert. Es stellt eine Kupferspinnfaser dar, wobei die großen Kunstseidenkonzerne für sich ein gutes Geschäft aus der Cuprama wittern. Die Kunstseidenindustrie behauptet, daß aus dem Cupramagarn in Verbindung mit Wolle angeblich qualitativ wertvolle Stoffe gewebt und gestrickt werden können. Angeblich ist die Wärmehaltigkeit recht günstig, und die Kunstseideninteressenten behaupten, daß dieses Material für den Winter geeignet sei. Man erfährt aber nichts über die Dauerhaftigkeit des neuen Ersatzstoffes und nichts darüber, inwieweit er der Witterung standhält. Man hat mit der Herstellung des neuen Ersatzstoffes Cuprama bereits begonnen, und zwar werden täglich etwa 3-400 Kilogramm produziert. Die Kunstseidenkonzerne beabsichtigen, in nächster Zeit die Herstellung auf arbeitstäglich 2000-3000 Kilogramm zu steigern. Eine derartige Produktionsmöglichkeit erfordert jedoch eine beträchtliche Kapitalinvestition, die naturgemäß zu einer Verteuerung dieses künstlichen Ersatzstoffes führt. Von den Preisen für Cupramazerzeugnisse hört man in der gleichgeschalteten Presse so gut wie gar nichts. Aber von berufener Seite wird uns erklärt, daß die Cupramazerzeugnisse relativ teuer seien, obwohl sie naturgemäß in gar keinem Vergleich zu reinen Wollerezeugnissen stehen können.

Als Effektmaterial wird neuerdings auch sogenanntes Textil-Cellophan stark herangezogen. Textil-Cellophan wird aus den aus heimischen Rohstoffen produzierten transparenten-Viscosefolien geschnitten, und zwar in Feinheiten bis zu 0,6 Millimeter Breite und 0,02 Millimeter Dicke. Die großen Viskosefolien dienen bekanntlich als hygienisches Verpackungsmaterial vornehmlich in der Lebensmittel- und Genußmittelbranche. Für die neue Saison hat man in Textil Cellophan eine große Ausmusterung in Kleider- und Hutstoffen, Bändern, Hutgeflechten, Strick- und Wirkstoffen vorgenommen. Es werden

u. a. sogenannte Glashauteffekte in den erwähnten Artikeln durch Textil-Cellophan hervorgerufen. Die Weiterverarbeitung von Textil-Cellophan ist aber, wie die gleichgeschaltete Presse selbst zugibt, nicht ganz einfach, weil das bündchenförmige Material möglichst glatt, also ohne Verdrehungen in die Ware eingearbeitet werden muß. Zudem ist dieses Erzeugnis am zweckmäßigsten in einer genau zu regulierenden Betriebstemperatur und Luftfeuchtigkeit zu behandeln. Nach bestimmten Verfahren werden aus Cellophan Filrofaser gewonnen und mit Wolle und Kunstseide gemeinsam versponnen. An den scharfen Kanten der Filrofaser befinden sich feine, unter dem Mikroskop zu erkennende Widerhaken, welche eine innige Verbindung mit dem übrigen Spinngut gestatten. Der eigenartige Drahthaar-Effekt des fertigen Filrogarns ist durchaus tragrecht und geht auch durch Ausbürsten nicht verloren. Beide Erzeugnisse, sowohl Textil-Cellophan wie Filrofaser, werden von der Firma Kalle u. Co. AG., Wiesbaden-Biebrich, erzeugt.

Unter dem neuen Ersatzstoff ist auch eine Imitation der echten Angorawolle unter dem Namen Angorina zu erwähnen, der natürlich qualitativ recht minderwertig ist, obwohl er außerordentlich schön aussieht.

Ein weiteres Textilersatzgarn sind auch die Seelogarne. Sie bestehen aus einem reinwollenen Futterfaden und einer dichten Umspinnung von Kunstseide. Dieses Fabrikat besitzt den schönen und dezenten Glanz der Kunstseide, bei weitem aber nicht das Wärmeisolationsvermögen und die Haltbarkeit der Wolle.

Alle diese neuen Stoffe erfordern eine Produktionsumstellung und Kapitalinvestition. Es braucht wirklich kein Wort darüber verloren werden, daß es sich alles um Fehlinvestitionen handelt, für die die Zeche einst das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, bezahlen wird. Im übrigen ist noch darauf hinzuweisen, daß auch diese Ersatzstoffe keineswegs hundertprozentig aus deutschem Rohmaterial hergestellt werden. Es handelt sich vielmehr um Mischgewebe, in denen zum Teil Importrohmaterialien enthalten sind. Also auch zur Herstellung dieser Ersatzrohstoffe ist man teilweise auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen. Man wird also weiterhin die Devisenbilanz belasten und dem deutschen Volk dennoch die Devisenbilanz und verhältnismäßig teure Ersatzstoffe liefern.

Vistra, Cuprama, Angorina, Filro und Seelo — das sind die Errungenschaften des „dritten Reiches“.

firma über genügend Devisen verfügt. Denn bei einer Zahlung in Mark bestehe die Gefahr, daß der betreffende Betrag auf dem Sonderkonto der Reichsbank verbucht und von der Bank von England als „Sondermark“ gehandhabt würde. (Inprell.)

Die Opfer der Devisenklemme

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn hat eine Verfügung erlassen, wonach nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel für Rangierbedienstete Berufskittel aus dichten Geweben eingeführt werden. „Die bisher für Rangierbedienstete gehaltenen Regenmäntel aus Wollstoff.“ heißt es in der Verfügung, „fallen fort, vorhandene sind jedoch aufzutragen.“

Diese „dichten“ Gewebe sind im Gegensatz zu den bisher benutzten Lodenstoffen nur ein unzureichender Wetterschutz-

Die Rangierer müssen mit ihrer Gesundheit dafür büßen, daß die nationalsozialistische Diktatur durch übersteigerte Einfuhr von Kriegsmaterialien die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bekleidung unmöglich macht.

Entdeckung neuer großer Oelfelder

(FSU.) Große Oelfelder, die eine Fläche von 96 Quadratkilometer umfassen, sind in einem Umkreis von 55 Kilometer um Stalinabad in Tadschikistan von einer geologischen Inspektionsvereinigung des Zentralasiatischen Oeltrustes entdeckt worden.

Rüstungs-Industrie auf der Anklagebank

IV.

J. H. Pratt und Whitney, Sikorsky, Boeing und andere Gesellschaften der amerikanischen Flugzeugindustrie sind in der United Aircraft Corporation vereinigt. Dieser Konzern hat unerhörte Gewinne gemacht. In einem Auftrich wurde dem Senatkomitee veranschaulicht, daß tausend Dollar, die 1934 in einer Tochtergesellschaft, der Pratt and Whitney Aircraft Corporation, angelegt worden waren, bis 1932 sage und schreibe 11 437 250 Dollar in bar und Aktiendividenden abwarfen, d. h.

in acht Jahren 1 143 725 Prozent Profit.

Damit soll Leser nicht etwas glauben, das sei ein Druckfehler, denn die Zahl in Worten hingschrieben werden: Eine Millionehundertdreißigtausendsebenhundertfünf- undzwanzig Prozent. Diese Tochtergesellschaft fabriziert den sogenannten luftgekühlten Seppel-Motor. Es gab dem Senatkomitee zu denken, daß sie im Jahre 1926 ausschließlich und im Jahre 1927 zu über achtzig Prozent für das amerikanische Marine-Department arbeitete.

Das Senatkomitee untersuchte die Geschäftsbeziehungen derselben.

Pratt & Whitney Corporation mit Deutschland und Holland

Warum wurden Deutschland und Holland zusammengepackt? Weil die Lieferungen nach Holland, die zuerst größer waren, von einem gewissen Moment an zugunsten der Lieferungen nach Deutschland sanken. Dieser Moment trat Anfang 1933 ein. Die Stilllegungsperiode unterschied sich also von der vorhillerischen Zeit dadurch, daß jetzt direkt nach Deutschland geliefert wird, während früher die Importe über Holland gingen.

Von 1929 bis 1932 belief sich die Gesamtlieferung von Pratt & Whitney an Deutschland auf die bescheidene Summe von 59 000 Dollar, während der Export nach Holland 439 000 Dollar betrug. Im Jahre 1933 stiegen die deutschen Käufe auf 272 000 Dollar, während die Lieferungen für Holland auf 234 000 Dollar sanken.

In den ersten acht Monaten des Jahres 1934 betrug der Gesamtwert der deutschen Käufe 1 445 000 Dollar

In der gleichen Zeit sanken die holländischen Käufe auf 138 000 Dollar. Diese Zahlen zeigen, daß nicht nur eine Umlagerung vom Indirekten auf den direkten Import erfolgte, sondern daß die Einfuhr von Flugmaterial nach Deutschland um ein Vielfaches vermehrt wurde. Der Export der Pratt & Whitney — es handelt sich immer nur um diese eine Gesellschaft — vom 1. Januar bis 31. August dieses Jahres nach Deutschland betrug das Preisfache der Ausfuhr nach Deutschland und Holland in den drei Jahren 1929 bis 1932 zusammen.

In den ersten acht Monaten dieses Jahres verschifft die Pratt & Whitney-Gesellschaft nach Deutschland:

- 176 Motoren,
- zwei große Frachflugzeuge,
- sechs zweiflügelige Docksflugzeuge
- und anderes Material.

Konzessionen zur Benutzung der Patente der amerikanischen Gesellschaft sind in deutschem Besitz. Ein Vertreter des amerikanischen Konzerns in Europa schrieb an einen Kollegen im Mai 1933, seit Hitlers Machtantritt habe eine große Flugzeugfabrik in Deutschland ihre Belegschaft verdoppelt, eine andere Fabrik ihre Kapazität verdreifacht.

Für die Verschiffung nach Deutschland wurde angeblich in jedem einzelnen Falle die Genehmigung amerikanischer Regierungsbeamter eingeholt, und dem amerikanischen Marine-Department wurde von Zeit zu Zeit eine Liste des exportierten Materials zur Verfügung gestellt. Die Frage, ob die Gesellschaft durch ihre Tätigkeit jemals

„direkt oder indirekt“ die Bestimmungen des Versailler Vertrags verletze, wurde verneint.

Das sprunghafte Anwachsen der deutschen Einfuhr aus Amerika ließ den anderen Regierungen natürlich nicht verborgen und führte zu diplomatischen Schritten. Der Vertreter mindestens einer Macht — vermutlich Englands oder Frankreichs — sprach beim Staatsdepartement vor, um sich zu „erkundigen“. Nach dieser Interaktion folgte das Staatsdepartement eine Denkschrift ab. Sie trägt das Datum des 5. August 1933 und legt den Standpunkt der amerikanischen Regierung wie folgt dar:

Nach Artikel 1 und 2 des amerikanisch-deutschen Friedensvertrags von 1921 genießen die Vereinigten Staaten sämtliche Vorteile aus den Artikeln 170 und 198 des Versailler Vertrags.

Diese Bestimmungen lauten:

Art. 170: Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgeschütz jeder Art nach Deutschland ist ausdrücklich verboten. — Dasselbe gilt für Ausrüstung und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsgeschütz jeder Art für fremde Länder.

Art. 198: Deutschland darf Vorkriegskräfte weder zu Lande noch zu Wasser unterhalten. — Deutschland darf längstens bis zum 1. Oktober 1919 eine Höchstzahl von 100 Wasserflugzeugen oder Flugbooten unterhalten, die ausschließlich zur Ausübung von Unterseeminen bestimmt, zu diesem Zweck mit der nötigen Ausrüstung versehen sind und in keinem Fall Waffen, Munition oder Bomben irgendwelcher Art mitführen dürfen. — Außer den in den vorgenannten Wasserflugzeugen oder Flugbooten eingebauten Motoren darf für jeden Motor eines jeden dieser Apparate ein einziger Nebenermotor vorgesehen werden. — Kein Vorkriegsgerät darf beibehalten werden.

Zementierend — so heißt es in der Denkschrift — würde die Einfuhr von Militärflugzeugen nach Deutschland oder der Besitz oder Gebrauch von Flugzeugen durch die deutsche Polizei eine Verletzung der Vertragsrechte der amerikanischen Regierung darstellen. Im Jahre 1931 wurde mit Zustimmung des Präsidenten Hoover die amerikanische Politik dahin festgelegt, daß Verkauf von Waffen, Munition und Kriegsgeschütz, die zum Export nach Deutschland bestimmt sind, nicht zu fördern ist. In diese „Richtlinie“ habe sich das Staatsdepartement festhalten. Das Department legte die Fabrikanen von dieser Politik in Kenntnis und glaubte, „daß das genüge“, um Verschiffungen zu verhindern. Immerhin wurde es für möglich gehalten, daß einzelne Fabrikanten — in der Auffassung, daß die Waffenexporte nach Deutschland nicht eigentlich unzulässig sei und nicht mit Gewalt unterbunden werden könne — ohne Wissen des Departments Militärgerät nach Deutschland exportiert haben könnten. Grundtatsache wurde dem Vertreter der fremden Macht mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung, obwohl zur Verhinderung derartigen Exporte alles in ihrer Macht stünde, sich durchaus bemühen werde, Flugzeugfabrikanten von der Ausfuhr von Material nach Deutschland abzuhalten. Sie glaube es als wahrscheinlich bezeichnen zu dürfen, daß derartige Vorkriegsgeräte ihren Zweck erfüllen würden.

Der Vorsitzende, Senator Roe, las diese Denkschrift vor, wandte sich dann an die auf der Zeugenbank anwesenden Vertreter der United Aircraft and Transport und deren Tochtergesellschaften und fragte: Wie verträglich ist die Befolgung dieser Regierungspolitik mit Eurem Eingehändnis, daß der Verkauf von Flugzeugmotoren und Gerät nach Deutschland in den letzten zwei bis drei Jahren sprunghaft gestiegen ist und bei der Pratt and Whitney Company allein rund 1,5 Millionen Dollar in den ersten acht Monaten dieses Jahres erreicht hat? Er fragte weiter:

Haben Sie gehört, daß genügend amerikanisches Material nach Deutschland gegangen ist, um monatlich hundert Flugzeuge auszurüsten — daß die Sperry Gyroscope Company genügend Pilot-Automaten und ähnliche Vorrichtungen geliefert hat, um monatlich fünfzig Flugzeuge damit zu versehen?

Die Zeugen erklärten, nichts davon zu wissen, gaben aber zu, daß die

Bayerischen Motoren-Werke (BMW.), die Luft-hansa

und andere Firmen, mit denen sie im Geschäftsverkehr stehen, in der letzten Zeit auf raschere Erfüllung der Aufträge drängten. Dabei lauten die Bedingungen der Amerikaner:

„Zahlung in Neuyork vor der Verschiffung.“

Dem deutschen Käufer bleibt die Lösung des Transferproblems überlassen. Jedenfalls war aus den Zeugen nicht herauszubringen, wieso Deutschland, das seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Inhabern deutscher Obligationen nicht erfüllen kann, das Geld für Kriegsmaterial aufzubringen vermag.

Mr. Donald Brown, Präsident der Pratt and Whitney Company, erklärte, daß in allem, was Planung, Handel und Export von Flugzeugmotoren betreffe, stets engste Fühlung mit dem Kriegs- und Marineministerium gehalten worden sei. Während des ganzen letzten Jahres oder noch länger, zumindest während „dieser ganzen deutschen Sache“, sei dem Marineministerium über jede Verschiffung berichtet worden. Brown stellte sich als „Geschäftsmann“ vor, von dem weniger Vertragkenntnis erwartet werden dürfe als von einem Regierungsbeamten, aber er fragte, ob denn die Vereinigten Staaten den Versailler Vertrag ratifiziert hätten, und wehrte sich gegen die Unterstellung, daß er oder seine Gesellschaft in ihrer Tätigkeit „unpatriotisch“ gewesen sei.

Ihm und seinen Kollegen sagte Senator Vandenberg zum Abschied: „Offenbar ist Ihre Arbeit, ihrer ganzen Natur nach, aufs engste mit der Politik der Regierung verknüpft, und offenbar waren Vorschriften und Kontrolle ungenügend.“

Ueber die

nazideutschen Handelsmethoden

gab ein Brief Aufschluß, den die Vertreter der United Aircraft and Transport Company in Siam an ihre Zentrale lieferten. Ein gewisser Makler — so schrieb sie — habe ihnen mitgeteilt, daß jede „nichtdeutsche Konkurrenz“ erledigt werden könne und erledigt werde, wenn ihm Name und Nationalität des Konkurrenten, sowie dessen Preislisten zur Verfügung gestellt würden. „zur Weiterleitung an die deutsche Reichsregierung“. Die Vertreter in Siam fügten hinzu: „Diese Tatsache sollte amerikanischen Firmen bekannt sein, da wir in der letzten Zeit beobachtet haben, daß in Deutschland eingeführte ausländische Guthaben jetzt für derartige Subventionen verwendet werden.“

Der deutsche Botschafter Dr. Luther

hat beim Staatsdepartement gegen die Enthüllungen im Senatshomitee protestiert. Er bezeichnete die Tatsache, daß Deutschland in den Vereinigten Staaten Kriegsmaterial gegen Bargeld gekauft hat, als „Unfug“. Die Direktoren des größten amerikanischen Flugzeugkonzerns, die an dem Geschäft mit Deutschland interessiert sind, dem Senatshomitee nur widerwillig Rede und Antwort standen und jede Befolgung der deutschen Käufer verweigerten haben würden, wenn nicht die Dokumente eine so unüberlegliche Sprache sprächen, hätten also gelogen? Warum? Um Deutschland zu schaden? Das ist die Unterstellung, die sich aus dem Tementi Dr. Luthers ergibt. Herr Dr. Luther war offenbar in großer Verlegenheit. Er hat sich nicht anders zu helfen gewußt, als durch eine grobe Unhöflichkeit gegenüber den Direktoren des amerikanischen Konzerns. So viel über die Form des Tementis. Ueber dessen Wert braucht kein Wort verloren zu werden.

Widerliche Kriecherei

Eine würdige jüdische Antwort den Nazijuden

Wir haben kürzlich den ungläubigen Wackelknie des Raumann-Verbandes gedruckt, in welchem sich dieser verneint für Hitler erklärt. Wackelknie handelt es sich zwar um eine sehr laute, aber auch sehr kleine und einfältige Gruppe innerhalb des deutschen Judentums. Die Raumannianer haben die für sie günstige politische Situation aus und die Zwangsorganisationen der deutschen Judenheit sind bei der gegenwärtigen Situation nicht in der Lage, dieses Gruppchen entsprechend anzuerkennen. Umso begrüßenswerter ist es, daß das „Nachrichtenblatt der Zionisten-Gemeinde des Saarlandes“ diesen Leuten eine würdige, aber deutliche Antwort erteilt. Das „Nachrichtenblatt“ schreibt zu dem „Wackelknie“ der Raumann-Gruppe folgendes:

Der Redaktion des „Nachrichtenblattes“ als ein Leitungsmitglied mit dem „Wackelknie“ der Raumann-Gruppe zu. Der Einleger habe ihn mit folgender Randbemerkung versehen:

„Bin kein Jude und bedauere die den'gen Maßnahmen gegen die Juden, aber das ist mir unweiblich.“

Auch uns wäre „das“ unweiblich, wenn wir nicht schon längst wüßten, daß der — glücklicherweise bedeutungslose — „Verband nationaldeutscher Juden“ durch ständige Denunziation aller anderen jüdischen Gruppen eine Sonderstellung zu erreichen trachtet. Das geschieht teils durch Zeitungsartikel, teils durch Flugblätter, teils durch Aufrufe an Plakatstelen und manchmal auch durch ein an die Adressen der Reichsregierung gerichtetes Telegramm, in dem man sich als den allein national zuverlässigen jüdischen Verband anerkennen will. Es widerstrebt uns, die Spalten unseres Blattes mit näheren Betrachtungen über diese Bekanntheit zu füllen. Da wir mit Stolz wissen, daß die Haltung der weltanschaulichen deutschen Juden in diesen Schicksalsjahren eine unweibliche war, müssen wir uns eben damit abfinden, daß es auch eine Anzahl jüdischer Menschen gibt, die ihre Position durch Weibchen zu halten zu suchen, die wir beim rechten Namen nennen wollen: widerliche Kriecherei. Das ist unsere Meinung.

Schuld des deutschen Volks

Und der gesitteten Welt

„Die Nation“, eine in Vorn erscheinende „Zeitung für Demokratie und Volksgemeinschaft“, schreibt:

Was in Deutschland in der letzten Zeit vor sich gegangen ist, rüttelt allmählich und immer härter die beiten Weiler Europas nach. Die Broschüre von Stefan Reichmann „St. Ambrosius und die deutschen Wälder“, erschienen im Vign-Berlin-Verlag, legt davon bezeugtes Zeugnis ab, daß sich das religiöse Gewissen der Deutschen zu regen anfangt, und daß das Geschehen in Deutschland als Verbrechen und nicht nur als Schuld des „Führers“ und seiner Trabanten angesehen werden muß.

Hitler hat unschuldige Menschen, wie Dr. Klausener, Jung, Kahr usw. töten lassen, ohne daß sie vorher verurteilt worden waren. Nach den normalen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit trat hier später vollendeter Mord vor. Dielem Mord haben selber 18 Millionen Menschen ihre Zustimmung gegeben. Dadurch hat sich jeder einzelne von ihnen, ob gewarnt oder verführt, in von diesem Standpunkte gleich, am Mord mitschuldig gemacht.

Noch hat der Satz, den ein guter Deutscher geprägt hat, daß die Weltanschauung das Weltgericht ist, seine volle Sinnhaftigkeit nicht verloren. So muß denn auch das Weltgericht über ein Volk kommen, das einen solchen Kanakel zu seinem Führer erwählt hat. Hitler hat das Vertrauen der Welt verloren, und Deutschland kann nur zu Ansehen kommen, wenn dieser merkwürdige Mensch von der Bildfläche verschwindet und mit ihm seine dunklen Genossen, wie Goebbels, Göring, Streicher usw. Da haben keine Friedensverhandlungen mehr, da nicht sein Einlenken mehr. Solange diese Menschen die Geschicke des deutschen Volkes in den Händen haben, muß sich die Welt von ihnen abwenden. Man erwidere nicht, die anderen seien nicht besser. An der Spitze der übrigen westeuropäischen Staaten stehen Männer, die das formale öffentliche Recht in allen Fällen wahren, auf deren Wort man immerhin etwas achten kann, und selbst in Italien hat und gibt es Revolutionstrümpfe, wenn man auch mit deren Rechtsprechung nicht gerade einverstanden zu sein braucht.

Und noch haben wir den Glauben nicht aufgegeben, daß alle Schuld sich auf Erden rächt. Entweder es existiert das

Christentum oder es existiert nicht. Existiert es, dann ist die Rache der in Deutschland und außerhalb Deutschlands wohnenden Christen unermesslich groß. Man stelle sich vor, wie Jeremias und Aelias, wie Jesus und Paulus die Taten Hitlers bewerteten hätten. Das Ausland schweigt und will sich nicht hineinmischen. Es bedeutet nicht, daß es die Rache auch auf sich läßt. Man fürchtet Hitlerverbrechen. Dabei liegen die Dinge, wie Kuhlmann sehr bewiesen hat, anders. Als er Soldaten an der österreichischen Grenze zusammenzog und sehr kriegerisch tat, da kutschte Deutschland.

Wie schon die konservative englische Presse schrieb, hat sich Deutschland durch die Billigung des 30. Juni außerhalb der westeuropäischen Menschheit gestellt. Durch die Billigung an 30. Juni hat es, zum großen Teil ungewollt, auch schwerere Schuld auf sich geladen. Denn Schuld bleibt Schuld, so wie Mord Mord bleibt. Hierbei denken wir nicht nur an den blutigen Mord, sondern an den Seelenmord, der Tag für Tag in Deutschland vor sich geht und grauenvoller und noch schuldhafter ist als der gemeine Menschenmord.

Wir alle sind mitschuldig. Wie tief die allgemeine Moral gesunken ist, acht auch aus der scheinbar unwichtigsten Tatsache hervor, daß von Wien das Kommando erhalten hat, und daß das österreichische Volk, das bis zum gewissen Grade doch noch etwas wie Pressefreiheit hat, sich dagegen nicht empört hat.

Wer ist von Wien? Ein Katholik, der in der Kirche niederkniet und mit dem Papst verhandelt hat. Dieser Edel nimmt es hin, daß sein erster Sekretär, der ihm die berühmte Maxburg-Rede ausgearbeitet hat, durch die er den 30. Juni ermöglicht hat, erschlagen wird; er nimmt es hin, daß der Leiter der katholischen Aktion ermordet wird, er erträgt es, daß seine Korrespondenz beschlagnahmt wird usw., und dennoch läßt er sich von Hitler nach Wien schicken und gestattet es, daß seine diesbezüglichen Notizen, wo er mit lebendigen Würdigen abgehandelt ist, veröffentlicht werden. Hier ist die politische und menschliche Schamlosigkeit auf einem nicht mehr zu überbietenden Gipfel angelangt. Die Welt lächelt zwar darüber, aber sie läßt es geschehen. Man meint zur harten Empörung nicht mehr fähig zu sein! Und damit machen wir uns am deutschen Geschehen mitschuldig! Das kann nicht laut, nicht schreiend genug gesagt werden. Nicht weniger als Gerechtigkeit, Kultur und Religion stehen auf dem Spiel.

Meine Gefangenschaft Von Joseph Caillaux

Joseph Caillaux wurde glänzend freigesprochen. Mit 213 gegen 28 Stimmen wurden die Anträge des Generalprokurators verworfen. Vor dem Gebäude des Senats erschollen Rufe: „Hoch Caillaux!“ Aber das Geplänkel geht noch weiter. Die Politik wacht. Noch immer muß sich Caillaux verteidigen.

„Mit den Untertanen einer feindlichen Macht“

Dabei gibt es nur eine ganz einfache Frage: „Ist Herr Caillaux schuldig der Taten, deren die Staatsanwaltschaft ihn bezichtigt?“ Doch man hat gesagt, daß, wenn der Senat unter dem Eindruck meiner Verteidigungsrede abgestimmt hätte, die restlose Freisprechung erfolgt wäre. Keine Zusatzfrage hätte dann standgehalten!

Man hat gesagt, man habe die Nacht gewinnen, habe den Vormittag des nächsten Tages sich freihalten müssen, damit Regierungspersönlichkeiten Senatoren berufen und vor ihnen die Vertrauensfrage stellen könnten. Man hat gesagt, Herr de Selves habe Zeit gebraucht zum Spazierengehen in den Wandelgängen — und diese Erscheinung in Wasserfarben, um mit Saint-Simon zu sprechen, hat es nicht daran fehlen lassen. Man hat gesagt, Herr Pérès habe der Muße bedurft, um sich festzubeißen — und er hat dessen nicht ermangelt, so wird mir versichert. Michelet hat über die Haltung der Geschworenen im Danton-Prozess nach der Rede des großen Revolutionärs geschrieben: „Abgesehen vielleicht von drei Leuten, wüßten sie alle nicht mehr, was sie tun sollten. Der letzte hat versichert, er würde sich niemals haben entscheiden können, wenn der Präsident Hermann ihnen nicht einen Brief gezeigt hätte, von dem er gesagt habe, er komme aus dem Ausland und sei an Danton gerichtet.“ Im Jahre 1920, vor dem Staatsgericht, gibt es gleichfalls Geheimakten, die man ohne Frage herumreicht, und deren Existenz allein — ich will es unermüdet wiederholen — auf alle Fälle schon jede gerichtliche Verhandlung hinfällig macht.

Weiter!
So findet man denn eine Mehrheit, um den Artikel 78 auf mich in Anwendung zu bringen. Wie lautet der?

„Wenn die Korrespondenz mit den Untertanen einer feindlichen Macht, ohne zum Ziel zu haben eins der im vorigen Artikel angegebenen Verbrechen (Einvernehmen mit dem Feinde, Manöver, Machenschaften, Komplott), nichtsdestoweniger zu dem Resultat geführt hat, den Feinden Instruktionen zu geben, die der militärischen oder politischen Lage Frankreichs und seiner Verbündeten zum Schaden gereichen, dann werden diejenigen, die diese Korrespondenz unterhalten haben, bestraft.“

Dreifach gesunde Menschenverstand

Zuerst diese Bemerkung: ich habe niemals korrespondiert mit einem Untertan einer feindlichen Macht außer mit Lipscher, dem ich einen Brief — einen einzigen — geschrieben habe, um ihn . . . zum Teufel zu jagen, einen Brief, der so wenig die Kritik herausgefordert hat, daß man eine Zeitlang behauptet hat, er sei ein Deckmantel. Wie kann der Artikel auf mich anwendbar sein? Man erwidert, man müsse das Wort Korrespondenz im weitesten Sinne verstehen: Schriften, Gespräche, Gedankenaustausch . . . Zugestanden! Es scheint, als müsse man es gleichfalls so auffassen, daß die Korrespondenz mit den Agenten des Feindes strafbar ist, genau wie die Korrespondenz mit den Untertanen einer feindlichen Macht. Zugestanden auch das noch! obgleich man mir einst beigebracht hat, in einem Straffalle seien alle Texte scharf umgrenzt, es sei auf strengste untersagt, den Sinn eines einzigen im Gesetz umschlossenen Wortes zu dehnen. Wenigstens muß doch der Mann, auf den man den fraglichen Artikel anzuwenden beabsichtigt, gewußt haben, daß er an einen Agenten des Feindes schrieb oder mit ihm sprach . . . Unbestritten! Die Autoren sind einmütig in dieser Hinsicht. Der einfache gesunde Menschenverstand besagt übrigens, daß man niemandem, wer es auch sei, eine Unterhaltung mit einem französischen, englischen oder italienischen Untertan, der im Solde Deutschlands steht, zum Vorwurf machen kann, solange der Betreffende von der Sache nichts weiß. Wann habe ich denn mit einem Agenten des Feindes gesprochen, im Bewußtsein der Tatsache, daß er ein Agent des Feindes war? Die Begründungspunkte des Urteilspruches vom Freitag, dem 23. April, sollen es uns sagen.

Der geheimnisvolle Minotto

„In Anbetracht“, sagt der Beschluß, „in Anbetracht, daß es erwiesen ist, daß im Verlaufe seiner Mission in Südamerika Caillaux sich in enger Freundschaft einem gewissen Minotto verbunden hat, der seither durch die Regierung der Vereinigten Staaten als verdächtig interniert worden ist auf Grund seiner deutschen Herkunft und seiner Beziehungen zu Deutschland, daß diese Person ihm durch Erklärungen und Angebote aufs klarste seine Beziehungen zum Grafen Luxemburg, dem deutschen Gesandten in Argentinien, bewiesen hat, und daß man es unter diesen Umständen nicht hingehen lassen darf, wenn ein ehemaliger Ministerpräsident, betraut mit einer offiziellen Mission, ihm die Beschwerden gegen die französische Regierung anvertraut hat, die er auf dem Herzen trug, und so dem Grafen Luxemburg, wie es die Kabeldepesche des Letztgenannten beweist, die abträglichsten Auskünfte über die französische Politik gegeben hat.“

Zunächst sei bemerkt: man wagt nicht zu sagen, daß Minotto ein Agent des Feindes war, und man kann es nicht sagen, da der Schwiegersohn des Herrn Swift weder in Amerika noch auch in Frankreich unter Anklage gestellt worden ist, da er zwar auf dem Verwaltungswege als Sohn einer Deutschen interniert worden, dann aber wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist, ohne jemals ein Hühnchen rufen zu müssen mit den Tribunalen der Vereinigten Staaten oder Frankreichs. Wieso kann der Artikel 78 anwendbar sein? Wird man so weit gehen, zu behaupten, daß man unter den Worten „Untertan einer feindlichen Macht“, nicht allein verstehen muß „Agenten einer feindlichen Macht“, sondern auch noch „Personen, die verdächtig sind auf Grund ihrer Herkunft und ihrer Beziehungen zu Feinden“? Aber wirklich! das hieß sich ein wenig zu viel Freiheit herausnehmen mit den Texten! „Aber“, wird man einwenden, „es ist nichtsdestoweniger wahr, daß in den Gesprächen, die Sie

mit Minotto geführt haben, durch ihn an den Grafen Luxemburg berichtet worden sind, wie seine Kabeldepesche beweist.“ Ohne jede Frage. Was für Gespräche? Der Spruch behält nicht die vorgebliche Bestellung an Luxemburg zurück, mit der ich Minotto beauftragt haben soll zu dem Zweck, den lobrednerischen und für mich infolgedessen peinlichen Artikeln ein Ende zu machen, mit denen die deutsche Presse mich überschüttete. Man konnte es nicht, da durch die Aussage des Herrn Haguenin erwiesen war, daß der Feind meinen vorgeblichen Wünschen keinerlei Rechnung trug, im Gegenteil.

„Bei einer Zigarre in den Horchkanal“

Man heftete sich nur an eine Sache: ich soll Minotto die Beschwerden gegen die französische Regierung anvertraut haben, die ich auf dem Herzen trug. Worauf will man anspielen? Ich habe mir einige Zeitlang den Kopf zerbrochen, ich habe Minottos Berichte mir wieder durchgelesen — jene Enthüllungen, die nach den Ausdrücken des Rückverweisungsspruches „nur mit Vorsicht aufgenommen werden dürfen“ — ich habe nur einen einzigen Punkt darin gefunden, der — in welchem Maße? wir werden sehen — den Ausdruck rechtfertigen könnte, den man gebraucht hat. Minotto erzählt, ich habe ihm eines Tages im Laufe einer Unterhaltung über die deutsch-französischen Beziehungen vor dem Kriege (ich habe schon davon gesprochen) gesagt, daß auf Herrn Poincaré, den Präsidenten der Republik, ein reichlicher Teil der Verantwortung für den Feldzug des Herrn Calmette gegen mich entfalle. Ich erinnere mich nicht im mindesten so gesprochen zu haben, aber es soll einmal gelten. Ich bestreite nicht, was für eine „der französischen Politik abträgliche Auskunft“ lieferte ich damit? Man stelle einen Vergleich an zwischen dieser im übrigen auf die Vorkriegszeit bezüglichen Äußerung und den täglichen Artikeln des Herrn Clemenceau im „Homme Enchaîné“, die in der „Gazette des Ardennes“ wiedergegeben wurden, in denen, wie ich schon zu bemerken gab, der Staatsmann zur Disposition einen Sturzkarren voll Schmähungen ausschüttete über den Präsidenten der Republik und die Kriegeregierungen. Aber, so wird man nun einfallen, man würde Ihnen nichts sagen können, wenn Sie öffentlich Ihre „Beschwerden“ ausgesprochen hätten in einer Rede oder in einem Zeitungsartikel derart, daß über den ganzen Erdkreis hin die Deutschen davon Kenntnis erhalten hätten. Schwerwiegend ist, daß Sie diese vertrauliche Mitteilung bei einer Zigarre in den Horchkanal eines Italieners, der sich seither verdächtig gemacht hat, das heißt eines feindlichen Agenten, das heißt eines feindlichen Untertanen haben gleiten lassen. Wirklich bewundernswert, dieses Vernünftel! Aber ich nehme es hin, wenn es auch ein starkes Stück ist, und gehe weiter. Der Spruch hebt hervor, ich hätte über Minottos Charakter nicht im Irrtum sein können, „da er durch seine Erklärungen und Angebote mir aufs klarste seine Beziehungen zum Grafen Luxemburg bewiesen hatte“. Ein Unglück nur, daß die beanstandete Unterredung einen Monat hinter meinem Aufenthalt in Argentinien zurückliegt, daß sie Ende Dezember 1914 in der Umgegend von Sao Paulo stattgefunden hat, als ich noch nicht wußte, daß es irgendwo einen Herrn von Luxemburg gab. Die Erklärungen und Angebote Minottos hingegen liegen zwischen dem 23. und 29. Januar 1915. Dieser Begründungspunkt des Beschlusses ist also schlechthin auf einem materiellen Irrtum basiert. Eine Tatsachenfeststellung, der sich nichts entgegenhalten läßt — nichts, rein gar nichts!

Die römischen Gespräche

Begreift man nun, warum man mir keine Gelegenheit gegeben hat zur Aussprache über den Artikel 78?

Nun aber Italien!
„In Anbetracht“, sagt der Beschluß, „daß nicht bestritten werden kann, daß Caillaux in Italien seit seiner Ankunft im Dezember 1916 Beziehungen angeknüpft und unterhalten hat zu notorischen und erwiesenen Neutralisten, ja, zu Agenten des Feindes: namentlich zu Cavallini, der seither durch die französische Justiz zum Tode verurteilt wurde, daß seine Beziehungen und seine Äußerungen in ihrem Zusammenhange die beträchtliche Erregung erklären, die sich in Rom bemerkbar gemacht, wobei es ohne Nutzen ist, die Wendungen aus seinem Gespräch mit Martini zu erörtern.“

Erster Punkt! Das Gespräch mit Martini scheidet aus. Was bleibt übrig? Meine Äußerungen? Welche? Nicht ein Zeuge ist vor die Schranken des Staatsgerichts getreten, um zu behaupten: „Herr Caillaux hat mir dies oder jenes gesagt.“ Inwiefern könnten übrigens die Äußerungen, selbst wenn sie häßlich gewesen, wenn sie zu ausgesprochenen Neutralisten getan wären, unter den Artikel 78 fallen? Ich kann mir nicht vorstellen, daß man zu behaupten wagt, der Begriff „Untertan einer feindlichen Macht“ könne die Neutralisten umfassen, das heißt die Pazifisten. Warum dann nicht auch die Sozialisten? Habe ich mich in Italien mit Agenten des Feindes unterhalten in dem Bewußtsein, daß es Agenten des Feindes waren? Das ist die ganze Frage. Auf den ersten Teil dieser Frage antwortet man: „Ja“, und man nennt Cavallini. Wir werden sehen, was diese Versicherung wert ist. Auf den zweiten Teil gibt man keinerlei Antwort. Man kann nicht, wie im Falle Minotto, mit Erklärungen oder Angeboten argumentieren, die mir gemacht sein sollen. Ganz im Gegenteil, Herr de Jouvenel hat ausgesagt, daß ich, als er mich gegen Ende meines Aufenthaltes in Rom traf, mich im tiefsten Überrascht zeigte, als er mir mitteilte, daß die Leute, mit denen ich zufällig zusammengekommen, zu Recht oder zu Unrecht politisch verdächtig waren. Ich sage „politisch“, denn keine Seele hat zu jener Zeit behauptet, daß von jenen Erscheinungen irgendeine dem Feinde Agentendienste leistete. Und abgesehen von Herrn de Jouvenel, der mich am Tage vor meiner Abreise nach Paris gewarnt — er konnte nicht eher —, wer hat mir denn sonst noch einen Wink gegeben? Ich will nicht zurückgreifen auf meine höchst voll-

ständigen Ausführungen über das, was das Palais Farnese pomphaft „die italienischen Zwischenfälle“ genannt hat. Ich will nicht daran erinnern, daß der Leiter des öffentlichen Sicherheitsdienstes, Herr Vigliani, mir vorgestellt wurde durch die Herren Re Riccardi und Cavallini, die mir somit über die beste aller Bürgschaften zu verfügen schienen. Nun habe ich mir einige Bruchstücke aus dem Schreiben des Oberst François, des französischen Militärattaché bei der französischen Botschaft, zurückbehalten, um sie diesem Begründungspunkt des Beschlusses gegenüberzustellen.

„Wer nicht gewarnt war, konnte ins Garn gehen“

Folgendes schreibt er von Brunardi und Cavallini:
„Für jeden, der sie kannte, waren sie beide, vor allem der zweite, Leute, denen besonders zu jener Zeit ein Mann von der Bedeutung des Herrn Caillaux aus dem Wege gehen mußte, dessen Taten, dessen Worte und dessen Umgang von ganz besonderer Tragweite und Bedeutsamkeit sind, vor allem in einem Lande wie Italien.“

Aber man mußte sie kennen. Wer nicht gewarnt war, konnte ins Garn gehen. Er konnte von einer Seite, der wahrhaft interessanten Seite der Dinge gänzlich in Unkenntnis bleiben und nur eine sehen, die auffällige: das Aeußere.

Brunardi stand in Beziehungen zu bedeutenden politischen Persönlichkeiten. Ich habe es gezeigt. In diesem Falle hat er Herrn Caillaux in Verbindung mit Herrn Martini gebracht.

Cavallini ist unbestreitbar ein Abenteurer, bereit zu mancherlei Dingen. Aber schließlich stand auch er auf gutem Fuße mit einflußreichen Leuten, leistete er ihnen Dienste, trug er keine Bedenken, es auszusprechen. Natürlich hat er übertrieben, wenn er von seiner Rolle sprach mit Leuten, die nicht auf dem laufenden waren über seine Stellung. Herr Caillaux war nicht auf dem laufenden . . .

Außerlich gab sich Cavallini mit Erfolg als gewichtige Persönlichkeit. Man muß das Milieu kennen, um sich klarzumachen, wie leicht es ihm wurde, Sand in die Augen zu streuen. Ein Oberst, Chef eines Dienstes von höchster Wichtigkeit, verschwendete an ihn die augenfälligsten Zeichen von Sympathie und Vertrauen: ein Hauptmann, der gleichfalls eine beträchtliche Rolle spielte, umarmte ihn in der Halle eines großen Hotels. Er hatte einen Sohn in einer verantwortungreichen Dienststelle der römischen Zensur. Zusammen mit der Marchesa Rizzi hielt er einen gewissen Lebensstil inne, was in Rom wie anderswo, mehr als anderswo vielleicht, die Neuankommlinge stets günstig stimmt. All diese geschickt ausgebeuteten Umstände gaben diesem Mann einen Anschein, durch den man sich leicht fangen ließ, wenn man die Kehrseite der Karten nicht kannte.“

„Instruktionen für den Feind“

Zu dem ersten Punkte äußert sich Faustin-Hélie folgendermaßen:

„Die Korrespondenz muß ein materielles Ergebnis gehabt haben: die Versorgung der Feinde mit abträglichen Instruktionen; man muß also die Wirkung der gelieferten Instruktionen feststellen.“

Nun stellt, wohlverstanden, der Beschluß nicht „die Wirkung der gelieferten Instruktionen“ fest. Und aus gutem Grunde!

Einmütig äußern sich die Autoren zu dem zweiten Punkte.

Garraud faßt die Rechtsbelehrung in folgenden Wendungen zusammen:

„Die Korrespondenz muß das Resultat gehabt haben, daß den Feinden Instruktionen zukamen, die der militärischen Lage oder der Politik Frankreichs oder seinen Verbündeten zum Schaden gereichen. Aber genügt es denn, daß die Korrespondenz dieses Ergebnis gehabt hat? Muß sie nicht zugleich auch dieses Ziel gehabt haben? Trotz den ausdrücklichen Wendungen des Gesetzes ist man einig darin, daß diese Bestimmung so zu verstehen sei, daß sie die fundamentalen Prinzipien des Strafrechts nicht verletzt. Eine Unvorsichtigkeit in einer Korrespondenz mit Untertanen einer feindlichen Macht, so schädlich sie auch wirken möge auf die militärische oder politische Lage Frankreichs oder seiner Verbündeten, kann wohl eine Verfehlung, nicht aber ein Verbrechen darstellen. Der Urheber der beanstandeten Handlung muß also mit einer ausgesprochen verbrecherischen Absicht gehandelt haben, wenn er strafbar sein soll.“

Was für ausgesprochen verbrecherische Absichten legt man mir zur Last? Der Beschluß trägt Sorge, festzulegen, daß keine solche vorliegt: „In Anbetracht, daß zwar die Staatsanwaltschaft keineswegs ermittelt hat, daß der Angeklagte unter diesen Umständen dem Feinde in seinen Unternehmungen hat beistehen wollen, daß aber nichtsdestoweniger diese Manöver zu dem Resultat geführt haben . . .“

„In der Politik gibt es keine Gerechtigkeit“

Und weiter:
„In Anbetracht, daß in allen Caillaux vorgeworfenen Fällen die verbrecherische Absicht, dem Feinde in seinem Vordringen beizustehen . . . nicht ermittelt worden, daß aber diese gleichen Fälle zu Lasten des Angeklagten den Beweis liefern für Korrespondenzen mit den Agenten des Feindes, die das Resultat haben . . .“

Der Spruch behauptet also, das Resultat allein zähle, und derjenige, der es verursacht hat, sei strafbar, abgesehen von jeder verbrecherischen Absicht. Er steht im Widerspruch zur Rechtslehre. „Er verletzt die fundamentalen Prinzipien des Strafrechts.“

Doch ich würde meine Ausführung herabwürdigen, wenn ich mich auf eine juristische Debatte versteifen wollte. Ich habe sie nur heraufbeschworen . . . für die Zukunft.

„In der Politik gibt es keine Gerechtigkeit“ . . . ein Satz von Clemenceau! Das Staatsgericht hatte sich einzig mit einer politischen Frage zu befassen. Selbst der Generalprokurator, der ohne Festigkeit eine Hochverratsklage zu stützen suchte, hatte seinen Beschluß im Sinne einer politischen Verurteilung gefaßt. (Fortsetzung folgt.)

Diplomatie um Oesterreich

Grundfragen der europäischen Politik

K. T. Genf, 25. September.

Die Völkervereinigung tagt im Schatten des Ostententes. Der Sieg Hitlers in Deutschland hat schlagartige Konturen der internationalen Politik verwischt, allen Dingen zum Schwanden gebracht; spät, mitunter verspätet, entziehen Abwehrkräfte. War die erste Periode der Bundesversammlung dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund gewidmet, einem der entscheidenden Triumphe der französischen Weltpolitik, so steht die letzte Woche der Bundesversammlung im Zeichen der Diplomatie um Oesterreich.

Freilich, die Zeiten sind vorbei, da Dollfus nach seinem feierlichen Empfang in London auf der Genfer Tribüne stehend die Genugtuung einer stürmischen Ovation genoss, die in ihm den Helden der Freiheit im Kampfe gegen die neudeutsche Barbarei huldigte. Was schon damals blinde Verehrung der Dinge, abgrundtiefe Unkenntnis österreichischer Politik war — heute ist es für jeden klar geworden: der österreichische Merkantilismus hat sich mit dem Austrofaschismus nicht verbunden, um einen Rest freien deutschen Bodens zu retten, von dem aus die Austromission des deutschen Volks in der Welt im Zeichen der Demokratie und der Freiheit hätte fortgesetzt werden können. Dollfus und Scharfhauser wollten in Oesterreich nicht ein neues Piemont errichten, das eine weltgeschichtliche Aufgabe für ein freies Deutschland hätte vollbringen können. Ihnen ging es um anderes, geringeres: die einen sahen endlich den Weg, mit der Sozialdemokratie ein Ende zu machen, die anderen wollten die Gelehrtheit der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse benutzen, um ihre Merkantilisten Träume in die Tat umzusetzen. So wurde Oesterreich zu dem, was es ist.

Herr Schuchnigg wird dennoch überrascht gewesen sein, weil fühler, ja unfreundlicher Empfang ihm zuteil wurde. Die Demokraten des Westens, Frankreich und Großbritannien gleichermaßen, erkennen nun, da es zu spät ist, daß die Unabhängigkeit nicht durch die händliche Wachsamkeit der Großmächte, sondern nur durch den entschlossenen Willen der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung selbst gesichert werden kann, ihr Vaterland und seine politischen und sozialen Einrichtungen gegen die Eingriffe des großen Nachbarn im Norden zu schützen. Man sieht zu spät, daß mit der Aufrichtung der Herrschaftsdiktatur die gewaltige Masse der sozialistischen Arbeiterklasse diesem Staat entfremdet wurde. Zu spät hat der französische, der englische Außenminister Herrn Schuchnigg zu versetzen gegeben, daß sein Regierungssystem das Land von innen heraus schwächt, daß, um die Unabhängigkeit Oesterreichs zu verteidigen, die Regierung alle Teile des Volkes hinter sich sammeln müßte, bis der Haß gegen das Dakenkreuz einen könnte. Zu spät hat man im Westen erkannt, daß der Kampf gegen die Diktatur des Dakenkreuzes nicht im Zeichen einer anderen Diktatur, sondern nur im Geiste der Freiheit geführt werden kann.

Zu diesen Sorgen der westeuropäischen Demokratien — deren Stimmung eine ganz andere war als Herr Motta in seinem Reden auf Dollfus Ausdruck gab — kommen noch weit ernstere Bedenken bei der Kleinen Entente. So wenig wie die nazistische Gleichschaltung kann die Kleine Entente um ihrer Existenz willen die Wiederkehr der Habsburger duden. Und da sie sieht, daß die Regierung Schuchnigg aus der Sackgasse, in die sie durch ihren Zweifrontenkrieg geraten ist, immer mehr den Ausweg in einem monarchistischen Abenteuer zu finden meint, hat sich die ganze Kampfbereitschaft der Kleinen Entente dieser Gefahr zugewendet. Sie zu bannen, gibt es zwei Mittel. Solange die Sozialdemokratie in Oesterreich legal war, war der Monarchismus eine lächerliche Komödie. Alle Habsburgerträume wären auch heute wieder vorbei, wenn das Regime den Weg zurück, bis vor den Februar, finden könnte. Aber von einem Rechtsismus, der sich selbst entleibt, zu spiritisieren, ist offensichtlich sinnlos. So kämpft denn die Kleine Entente um außenpolitischen Einfluß auf Oesterreich, der es vom Abenteuer der monarchistischen Restauration abhalten soll. Es ist ein Kampf gegen die Vormacht Italiens in Oesterreich.

So sind die Genfer Verhandlungen über die österreichische Unabhängigkeit ein Duell zwischen Italien und der Kleinen Entente geworden. Sie leiden sich in verschiedenartige diplomatische Manöver. Italien macht den Vorschlag einer gemeinsamen Garantie der drei Großmächte für die österreichische Unabhängigkeit. Die Kleine Entente, die sich dadurch ausgeschlossen sieht, lehnt diesen Vorschlag ab. Ein neuer Versuch wünschelt eine Kollektivgarantie aller Nachbarstaaten Oesterreichs. Die Kleine Entente will nicht ohne ihren mächtigen Schutzherrn Frankreich handeln. Sie macht den Gegenantrag einer allgemeinen Völkerbundgarantie, deren Durchführung der Völkerbund jeweils den Nachbarstaaten Oesterreichs (natürlich mit Ausnahme Deutschlands) übertragen würde. Soweit sind die Verhandlungen bisher geblieben. Man kennt die Positionen, aber man sieht noch keine deutliche Lösung.

Denn in Wahrheit ist das österreichische Problem in Gefahr, eine Teilfrage der sich anbahnenden französisch-italienischen Verständigung zu werden. Barthou will sich auf den Vorbericht seines russischen Erfolgs nicht einlassen. Er träumt davon, den seit Aristide beherrschenden Gegenüber zwischen Frankreich und Italien ein Ende setzen, die Verfestigung der lateinischen Schwelgern zu Stande bringen zu können. Und dazu achtet neben dem Ausgleich über Syrien und Tunis, neben der Einigung über die Flottenstärke die Verständigung über den Donauraum. Hier geht es nicht so sehr um unmittelbare Interessen Frankreichs, sondern vielmehr um die Vertretung der Lebensfragen der Kleinen Entente, insbesondere Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, die Barthou als Bundesgenossen sich zu eigen macht. Hier liegt aber auch die Hauptschwierigkeit dieser Vermittlungsfunktion. Es ist kaum denkbar, wie Frankreich sich mit Italien anshören könnte, ohne daß Jugoslawien dem „dritten Reich“, das ihm beinahe die Kränze macht, zugestiegen wird. Herr Barthou hat da ein neues Weichheitsstück zu vollbringen, an dessen glücklichem Gelingen wohl ernstere Zweifel berechtigt ist.

Man sieht: das österreichische Problem enthält alle Grundfragen der europäischen Politik. Es ist neben der Soarfrage der Hauptpunkt des Kampfes, den das „dritte Reich“ Europa ansetzt hat. Es ist Streitfrage zwischen Italien und der Kleinen Entente, Frankreich und Italien. Es verärgert Großbritannien, das freilich noch weit davon entfernt ist zu erkennen, wieviel die

Sicherung Oesterreichs vor dem Zugriff Hitlers auch ihm bedeutet.

Aber die Existenzfrage Oesterreichs ist weit tiefer zu finden als in dem geschäftigen Getriebe der Diplomatie. Oesterreich ist heute zum Spielball der Großmächte geworden. Um der Gefahr des Dakenkreuzes zu entgehen, hat es sich unter die

Schweiz, Sowjetrußland, Hitlerdeutschland

Man schreibt uns: In der Nr. 218 Ihrer Zeitung schreibt Ihr Genfer Korrespondent K. T., daß die schweizerische Haltung gegenüber Sowjetrußland ausschließlich von innenpolitischen Gründen diktiert gewesen sei. Als regelmäßiger Leser der „Freiheit“ und linksstehender schweizerischer Journalist halte ich mich für verpflichtet, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß in der ganzen Kampagne gegen Sowjetrußland der Einfluß der germanophilen und hitlerfreundlichen Kreise (Fronten, Offiziere, Großindustrie) sehr stark war. Es ist überhaupt immer wieder festzustellen, daß in den antifaschistischen Kreisen des Auslandes der gewaltigen Propagandasturm des „dritten Reiches“, die sich Tag für Tag über die Schweiz ergießt, nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wird — was kein Vorwurf gegen Ihre Zeitung sein soll, die wirklich viel bringt als sie kann. Aus diesem Grunde schicke ich Ihnen einen Beitrag, der diese Zusammenhänge in der Rußlandfrage kurz beleuchtet.

W. A. Die Erklärung, die der schweizerische Außenminister Motta in Genf bei der Aufnahme Rußlands abgab, hat in Berlin eine große Freude gewirkt. Die gleichgeschaltete Presse ist des Poles voll über die schweizerische Haltung gegenüber Rußland. Es ist kaum anzunehmen, daß die schweizerische Völkerbundsdelegation — an ihrer Spitze Herr Motta, der immer als frantophil galt — über diese sonderbare Gefolgschaft Freude empfindet. Motta selbst gab noch am gleichen Abend, als der Entschluß in der politischen Kommission gefaßt war, dieser Auffassung Ausdruck, indem er die schweizerischen Journalisten mit aller Verehrung besprach, sich nun nicht etwa in eine Dege gegen den Völkerbund hineinreden zu lassen. Trotzdem ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die offizielle schweizerische Außenpolitik mit ihrer Stimmabgabe in Genf an die Seite des „dritten Reiches“ getreten ist und dessen Position, wenn auch nicht bewahrt, zu einer Stütze verholfen hat.

Allerdings müssen die Gründe für die schweizerische Stellungnahme in erster Linie in den innenpolitischen Verhältnissen gesucht werden. Die Beziehungen der Schweiz zu Rußland sind seit langen Jahren Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen. Während die Linke aus allgemein politischen und wirtschaftlichen Gründen eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR, fordert, wehrt sich die Rechte beharrlich, diesem Wunsch entgegenzukommen. Die Veränderung ist diese Art ablehnende Haltung müssen die Gottlosenpropaganda, die Blünderung der schweizerischen Geländelicht in Petrograd während der Revolution und der doch schon längst ausgedehnte Traum einer bolschewistischen Weltrevolution geben. Alle diese stimmungsabhängigen Argumente waren auch deutlich aus der Rede Mottas in Genf zu entnehmen. Andererseits jedoch muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß trotz der von der rechten Hochsprache gegen Sowjetrußland injizierten Dege auch nicht die Spur einer so gerichteten „Vollabgewandung“ zu finden ist. Eine Vollabgewandung über diese Frage würde wahrscheinlich ein ganz anderes Resultat setzen, als es Herr Motta erwartet, wie sich denn überhaupt das Schwereitervoll in allen entscheidenden Wahlen der letzten Zeit deutlich von der konservativen und reaktionären Reaktion abgewandt hat.

Wenn im allgemeinen die rein innenpolitischen Beweggründe ausschlaggebend waren für das schweizerische Nein,

Herriot und die Sozialisten

Eine „Kriegserklärung“

Paris, 26. September.

Von unserem Korrespondenten.

Ein Zwischenfall, der sich dieser Tage in Lyon ereignete, wo Minister Herriot Bürgermeister ist, bildet in diegenen politischen Kreisen das Gesprächsthema.

Anlässlich der Sitzung des Handelsrats am Sonntag im Stadtrat zu einem Zusammenstoß zwischen Herriot und den sozialistischen Stadträten. Man glaubt, daß dieser Zwischenfall möglicherweise politische Folgen haben kann.

Die Sozialisten hatten eine Erklärung verlesen, in der sie die letzte französische Regierung scharf kritisierten. Herriot erwiderte darauf, er nehme diese Erklärung für das, was sie ist: für eine Kriegserklärung an die Politik, für die sich die Radikalsozialistische Partei entschieden habe, eine Partei, die ihrer republikanischen und demokratischen Gefinnung treu bleibe, aber sich zumal in schwierigen Zeiten verantwortlich fühle. Die Sozialdemokraten wollten wohl mit dieser Erklärung zu erkennen geben, daß sie keinen Wert auf die Stimmen der Radikalsozialisten legten. Er nehme von dieser Entschließung Kenntnis.

Deutscher und französischer Sport

Eine Rüge an die französische Regierung

Paris, 26. September.

Von unserem Korrespondenten.

Die längste sportliche Begegnung, die am letzten Sonntag zwischen Deutschen und Franzosen in Magdeburg stattfand, endete mit einem überlegenen Siege der Deutschen. Philippe Barres nimmt nun diese Tatsache zum Anlaß, um im „Matin“ den verantwortlichen Stellen in Frankreich vorzuwerfen, daß sie den französischen Sport nicht genügend unterstützen, um für derartige Konturen in Deutschland hinreichend gerüstet zu sein, während andererseits das „dritte Reich“ nicht warte, wenn es gelte, seine Sportmannschaften kampfbereit zu machen und zu erhalten.

Er meint, die Franzosen würden wohl nicht, wie wichtig diese sportlichen Erfolge für die deutsche öffentliche Meinung seien. Man müßte doch auch an die Olympischen Spiele denken,

die russische Mussolini-Italiens gerettet. Es ist damit zum Janfopf zwischen Italien und der Kleinen Entente geworden. Es droht, Jugoslawien an die Seite Deutschlands zu führen. Keine vernünftiger Mensch zweifelt daran, daß sowohl die innere, als auch die äußere Situation Oesterreichs völlig unhaltbar ist. Denn in allen diesen Rechnungen der Diplomatie fehlt ein entscheidender Faktor: das Volk Oesterreichs selbst. Und dieses Volk kann nur handeln, nur dann seine Unabhängigkeit retten, wenn es im Zeichen einer großen Idee leben kann und wenn es tat werden muß. Die einzige Idee aber, die dem Dakenkreuz und seiner Ideologie siegreich entgegenzutreten könnte, ist die Freiheit.

so darf doch andererseits nicht übersehen werden, daß es auch in der Schweiz große Kräfte gibt, die sich nun davon eine außenpolitische Neuorientierung der schweizerischen Außenpolitik versprechen.

In der öffentlichen Meinung der Schweiz beginnt sich immer die Ueberzeugung Bahn zu brechen, daß es mit der schweizerischen Neutralität im nächsten europäischen Krieg wahrscheinlich nicht zum Besten bestellt sein wird. Nicht als ob in der Schweiz selbst Kriegsbefehl am Werke wäre; aber die Befürchtung ist allgemein, daß es kaum gelingen wird, ihr Gebiet unverletzt zu erhalten. Der Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund hat offen germanophilen Kreisen den Anlaß, eine außerordentliche Intensivierung — und wie man leider konstatieren muß — auch wirrliche Propaganda zu treiben. So sehr in den letzten Monaten unter dem Druck der Ereignisse vom 20. Juni und vom 25. Juli in den Kreisen des Mittelstandes und der Bauern eine tiefe Misstimmung gegen den Nationalsozialismus Platz gegriffen hat — man trifft wohl nirgends unter der Bevölkerung einen derartigen Haß gegen Hitler wie in dieser kleinen Demokratie — so sind andererseits die deutschfreundlichen Elemente außerordentlich mächtig. Es ist kein Geheimnis, daß maßgebliche höhere Offiziere der schweizerischen Armee ihre Sympathien in hohem Maße Deutschland zuwenden. Einzelne von ihnen unterziehen früher gute Beziehungen zum Stahlhelm und es ist kein bloßer Zufall, daß ausgerechnet die schweizerische Offiziersgesellschaft — ihren Statuten gemäß politisch neutral — sich mit aller Vehemenz gegen die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund ausspricht. Die schweizerischen Fronten besitzen auch in Offizierskreisen einen starken Anhang, so daß hier gelegentlich Räden hin und her abzuwogen werden. Seit dem Abbruch des „dritten Reiches“ ist aber auch die publizistische Beeinflussung durch Deutschland sehr stark. Das Propagandaministerium des Herrn Goebbels hat seine Hand oft im Spiele. Die Schweiz wird von einem wahren Strom deutscher Druckerzeugnisse überflutet, wie sich denn auch die Spitze der Weisapo hier ziemlich unangefochten aufhalten können. Es sei hier als Beispiel nur auf die famose „Weltwoche“ hingewiesen, die sich unabhängige Umfassung nennt, aber seit ihrem Bestand (Herbst 1933) in allen außen- und innenpolitischen Fragen die Interessen Hitler-Deutschlands in Saug nimmt. Diese auf und vornehm angeordnete Wochenzeitung besitzt eine Auflage von 42.000 Exemplaren und wird dank ihres interessanten Inhalts in der breiten Öffentlichkeit gern gelesen.

Alle diese Hilfskräfte Adolf Hitlers haben in der Kampagne gegen Sowjetrußland eine außerordentlich rege Tätigkeit entfaltet. Das Nein der schweizerischen Delegation in Genf ist deshalb zu einem Teil als ihr Erfolg anzusehen.

Bereits will denn auch ein Teil der schweizerischen Reaktion die Dinge weiterreiben. In frontistischen und protestantisch-konservativen Blättern erhebt der Ruf nach dem Austritt aus dem Völkerbund und eine der schweizerischen Fronten fundiert eine Volksinitiative mit diesem Ziel an. Alle diesen Tendenzen kommen Herrn Goebbels zweifellos sehr gelegen, wie man überhaupt die schweizerische Außenpolitik in den letzten Monaten gegenüber Deutschland feindliche Tätigkeit vermissen ließ. Es gilt heute auf diese Vorgänge in der „alten Demokratie der Welt“ aufmerksam zu machen. Die Gegner des Nationalismus dürfen auch an verhältnismäßig unbedeutenden Vorgängen nicht vorbeistehen; denn der Nationalsozialismus überflutet das kleine Land mit seiner Propaganda. Pflicht der antifaschistischen und fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz ist es, das Volk über diese Anwesenheiten aufzuklären und die schweizerische Außenpolitik von ihren gefährlichen Vorkursen zu befreien.

die in zwei Jahren in Deutschland stattfinden und für das deutsche Volk außerordentlich bedeutungsvoll sein würden. Die deutsche Mannschaft, die sich am Sonntag zum Kampfe gestellt habe, sei geradezu glänzend von den Organisationen des Reiches unterstützt worden. Die angefallenen Mannschaften habe man durch Sportler erlebt, die rechtzeitig ihre Vorbereitungen in Angriff genommen hätten und außerdem von jeder Berufsarbeit befreit worden seien. Im Gegensatz dazu seien in der französischen Mannschaft Läden gewesen, was die Deutschen schon vor der Begegnung gewußt hätten. Die Vorbereitung sei nicht ausreichend gewesen schon mit Rücksicht darauf, daß die Kämpfer neben dem Training auch ihrer Berufsarbeit hätten nachgehen müssen. Hier liege ein Manko in der Unterstützung durch den Staat oder die Organisationen vor.

Der deutsche Sportführer von Tschammer-Osten habe Barres kürzlich auf dem Würzburger Nationalsozialistischen Parteitag versichert, daß der so hervorragende französische Sport noch 30 Prozent gewinnen könnte, wenn er über eine etwas disziplinierte und wehrfähige Organisation verfügen würde.

Schließlich meint Barres, wenn man auch nicht so weichen wollte, für den französischen Sport die finanzielle Unterstützung zu fordern, die Deutschland für seinen Sport übrig habe, so müßte Frankreich wenigstens alle seine Chancen da anknüpfen, wo es sich zum sportlichen Kampf stelle.

Einer bezeichnet sich als Mörder

Vermutlich ein Bluff

Aus der französisch-spanischen Grenzstadt Biella bei Barcelona wird gemeldet, daß sich der spanische Zivilgarde ein Franzose namens Marius Combes gestellt habe, der behauptete, der Mörder des Gerichtsrates Prince zu sein. Er behauptete, man habe ihm für diesen Mord 100.000 Franken versprochen, er habe aber nur 25.000 Franken erhalten. Nach dem Mord sei er nach Spanien geflüchtet und habe sich längere Zeit in Barcelona aufgehalten.

Die Polizei hält das Geständnis des Combes für einen Bluff und nimmt an, daß Combes, der mittelbar ist, auf diese Weise nur seine kostlose Rückbeförderung nach Frankreich durchsetzen will, daß er aber mit dem Tod des Gerichtsrates Prince gar nichts zu tun hat.

